

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — **Berlin in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Insertenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1,90 M., bei Platzvorkauf 2,30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 M., Reklame-Kolonelle 7,50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Um den Versailler Vertrag. Belagerung des englisch-französischen Konflikts um den § 18?

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Londoner Korrespondenten französischer Blätter melden, daß der französisch-englische Konflikt wegen der Anwendung des § 18 an Schärfe verloren hat und bald beigelegt sein dürfte. Lord Curzon soll sein Bedauern ausgesprochen und erklärt haben, daß auf englischer Seite ein Irrtum begangen worden sei. Dieser Irrtum wird leicht den Beamten des Finanzministeriums zugeschoben, die nur das wirtschaftliche Interesse Englands im Auge behielten und die politischen Folgen des Schrittes nicht bedachten. Merkwürdig bleibt in dieser Erklärung nur, daß der subalterne Irrtum der Beamten vom ganzen Kabinett bestätigt wurde und daß die getroffene Entschlieung zu Recht weiterbestehen bleibt. Die französische Regierung hat auf das bedeutliche Mittel eines schriftlichen Einpruchs verzichtet, an ihren Standpunkt durch den Botschafter Fleurbaey in London vertreten lassen, der den erkrankten Botschafter Cambou vertritt. Man glaubt aber, daß England seinerseits schriftlich antworten werde und vermutet, daß diese Antwort nicht nur den begrenzten Fall des § 18, sondern die ganze Wiederherstellungsfrage betreffen wird. Beide Regierungen sind bis jetzt darüber einig, daß die Sachverständigenkonferenz baldmöglichst in Brüssel stattfindet und daß ihre Arbeit bald eine Besprechung der Finanzminister in Genf folgen soll. Alles andre ist noch in der Schwebe und man erwartet eine Aufklärung von der englischen Antwort, vorausgesetzt, daß eine solche Antwort wirklich einläuft.

Italiens Haltung.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus Basel, daß der deutsche Botschafter in Rom hatte eine längere Beratung mit dem Industrie- und Handelsminister Messio über die Wiederherstellungsfrage im Zusammenhang mit dem deutschen Besitz in Italien und dem italienischen Besitz in Deutschland mit der Möglichkeit, daß Italien dem englischen Beispiel folgt und ebenfalls auf eine Beschlagnahme verzichtet.

Ein englisches Urteil über Deutschlands Finanzlage.

London, 30. Oktober. Westminster Gazette schreibt: Die Angaben in der Budgetrede Dr. Birchs über die Schulden Deutschlands wirken wie ein schwerer Alp aus dem Traume eines Rechnungsführers. Das ist, kurz und deutlich gesagt, Bankrott, auch wenn Dr. Birch sich gehütet habe, dieses Wort anzupfeifen. Deutschland müßte die Folgen des verlorenen Krieges tragen; die Leute aber, welche glauben, daß in absehbarer Zeit von Deutschland Wiedererquickung angeleitet werden könnten, würden gut tun, sich das Rechenexempel anzusehen. Es sei unwahrscheinlich, daß eine Nation, die zwei Jahre nach der Beendigung des Krieges 40 Milliarden Mark borren müßte, viel hergeben könne, auch wenn man noch so tief in ihre Taschen greife. — Zum Verzicht Englands auf das Recht auf Beschlagnahme des deutschen Privateigentums bemerkt das Blatt: Die englische Regierung ist zu dem verständigen Schluß gelangt, daß die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mehr Wert für uns hat, als das Recht, deutsche Güter mit Beschlag zu belegen, um die Zahlung einer utopischen Entschädigungssumme zu erzwingen. Wenn Frankreich glaubt, daß unter Handel durch die Maßnahme der englischen Regierung einen Vorteil gegenüber dem französischen Handel erringt, so gibt es daneben ein sehr einfaches Mittel: Frankreich braucht nur unsern Beispiel zu folgen.

Vom Parteitag der US-Kommunisten Die Verschmelzung der Neu-Kommunisten.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In dem Bericht, den die Note heute morgen über die nicht-öffentliche Sitzung des Parteitags der kommunistischen Partei vom Montag, dem 1. November, gibt über das Referat Thalheimers: Zur Situation der Partei, heißt es: Die Verschmelzung muß so schnell wie möglich durchgeführt werden, schon um deswillen, weil die kommunistische Bewegung jetzt eine Gefahrenzone durchläuft. Organisatorisch ist bei der Verschmelzung das größte Entgegenkommen geboten. Ueber die Zentralleitung haben wir uns dahin verständigt, daß eine gemeinsame Zentrale aus den Zentralen beider Parteien paritätisch gebildet wird, unter Teilnahme eines Vertreters der Exekutive in Moskau. In den Bezirks- und Ortsvereinen ist sofort eine enge Verbindung der beiden Parteien vorzunehmen. Der entscheidende Gesichtspunkt ist, daß eine Verschmelzung in den Massen, nicht in den Spitzen allein, zustande kommt. Die Genossen von der USP, hatten einige Bedenken, sie wollten die Verschmelzung der Ortsvereine vorläufig noch hinaushalten. Diese Bedenken sind in den letzten Tagen zurückgetreten. Für die Presse ist ein gemeinsames Pressekabine bereits eingerichtet worden. Die Zeitungen sollen aus Mitgliedern beider Parteien besetzt werden. Für die Parlamentsfraktionen sowie für die in der Gemeinde tätigen Genossen ist bestimmt, daß sie der Kontrolle der Zentrale unterstehen. Den Schlupfwinkel der Verschmelzung wird ein Einigungsparteitag am 3. Dezember bilden. Dieser wird von internationaler Bedeutung sein, da er vor den entscheidenden Parteitag der Schweiz, Frankreichs und Italiens stattfindet.

In der Diskussion traten bereits Klagen auf. So bekannte sich Schuelbächer-Hanau über die Gründung der Internationale in Berlin, sowie die der Südwestdeutschen Arbeiterzeitung in Frankfurt a. M. Es schien, als ob die linke USP, erst eine feste

Organisation aufbauen möchte, damit sie der SPD, gegenüber eine festere Macht repräsentiere. Die Verschmelzung der Partei muß ohne Rücksicht durchgeführt werden. Dagegen demängelte Senfel aus Leipzig die frühere Festlegung des Einigungsparteitags auf Anfang Dezember. So schnell sei der Verschmelzungsparteitag in Sachsen nicht durchgeführt. Jetzt noch habe die linke USP, d. h. die Neu-Kommunisten, eine eigene Liste zur Wandtagswahl aufgestellt mit Fritz Geyer an der Spitze, der bis zuletzt in der Frage der Internationale schwankend war.

Die Aussichten der Präsidentschaftswahl in Amerika.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die amerikanische Präsidentschaftswahl meldet der Korrespondent des Berliner Tageblattes aus dem Haag, daß ein gewisser Stimmungsumschwung zugunsten Wilsons eingetreten sei, der den Demokraten zugute komme. Neuter hat gemeldet, daß Wilsons Sekretär sich an das öffentliche Mittel für Wilson gewendet hat, der im Kampf um seine Ideale körperlich zusammengebrochen sei. Die unklare Haltung, die der demokratische Kandidat Cox und die völlig ablehnende Haltung, die der republikanische Kandidat Harding zum Völkerbund einnehmen, müssen Ursache sein, daß man sich der Entscheidung erinnert, mit der Wilson vor seinem Schlaganfall seine Gedanken aussprach und befolgte. Bei Beginn des Wahlkampfes sprach alles für einen überwältigenden Sieg der Republikaner. Aber während des Wahlkampfes haben die Republikaner Anzula gehabt. Durch ihre völlig ablehnende Haltung zum Völkerbund kam diese Frage in den Vordergrund.

Der Korrespondent behauptet dann weiter, es bestehen kaum noch Zweifel, daß Harding doch noch gewählt wird, wenn auch nicht in so glänzender Weise, wie seine Anhänger ursprünglich hofften. Wenn aber der Senat eine demokratische Mehrheit bekommt, dann würde für Harding die gleiche Lage entstehen, wie sie für Wilson seit dem letzten Herbst bestand.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich natürlich nur mit den Aussichten der beiden Vertreter der direkt kapitalistischen Parteien. Die Kandidaten der Sozialisten und der Farmer-Labour-Party (eine kleinbäuerlich-kleinbürgerliche Partei, der auch Arbeiter angehören, mit einem politisch-radikalen Programm) sind für sie einfach nicht vorhanden. Für die sozialistische Partei kandidiert Genosse Eugen Debs, der seit länger als Jahresfrist im Gefängnis liegt wegen seines öffentlichen Auftretens gegen den Krieg. Da ihn die Klassenjustiz nicht für die Wahlkampagne freigegeben hat, so hat er an der Agitation nicht persönlich teilnehmen können. Der Kandidat für den Vizepräsidentenposten, Genosse Steadman, hat sie letzten müssen. Genosse Debs hat schon viele Male als sozialistischer Präsidentschaftskandidat fungiert. Das Aufsteigen der sozialistischen Bewegung hat sich in steter Vermehrung der Stimmenzahl kundgegeben. Beim letztenmal erzielte die sozialistische Partei eine Million Stimmen, was freilich im Verhältnis zur Wählerzahl noch durchaus ungenügend ist. Aber die diesmalige Wahl wird die Stimmenzahl weiter steigern und die schändliche Inhabitation des Präsidentschaftskandidaten wird diese Steigerung nicht aufhalten.

Für die Farmer-Labour-Party kandidiert Parzen P. Christensen. Ueber seine Aussichten läßt sich wenig sagen. Es wird sich zeigen müssen, ob eine solche Mittelpartei noch Boden hat, oder ob die amerikanische Arbeiterschaft den Weg von den kapitalistischen Parteien zu den Sozialisten direkt findet.

Die Wahl findet am heutigen Tage (2. November) statt.

Der Machtkampf in Groß-Berlin geht weiter

Berlin, 1. November. (W. T. V.) Der Oberpräsident hat heute sämtliche Mitglieder des neuen Magistrats von Groß-Berlin berufen, mit Ausnahme des zum Schutrat gewählten Dr. Kurt Löwenstein und des von den Neu-Kommunisten zum unbesetzten Stadtrat gewählten Redakteurs Emil Eichhorn.

Aus der kurzen Meldung geht noch nicht deutlich hervor, ob die Befähigung endgültig verjagt oder zunächst nur ausgesetzt worden ist. Jedenfalls wird die Verlegung der Befähigung dazu führen, daß der Kampf um die Macht in Berlin mit größter Schärfe aufs neue entbrennen wird.

Für den Sozialisierungs-Gesetzentwurf der U. S. P. D.

Zeitz, 2. November. (Eigene Meldung der L. V.) Eine am Montag abgehaltene, von etwa 600 Betriebsräten des Reich-Weihensfelds, Meuselwitz, Köstener Industriegebietes besuchte Versammlung in Schönhäuser bei Zeitz, in der besonders stark die Bergarbeiterbetriebsräte vertreten waren, erklärte sich nach einem Referat des Genossen Hilferding gegen fünf Stimmen für den Sozialisierungsgesetzentwurf der U. S. P. D. Die Beschlusfassung ist um so bedeutungsvoller, als bisher in diesem Teile des mitte-deutschen Verbrauchgebietes die Kommunisten behaupteten, die Oberhand zu haben.

Der Parteitag der belgischen Sozialisten für die weitere Beteiligung an der Regierung.

Brüssel, 1. November. (Havas.) Der sozialistische Parteitag hat sich für die Beteiligung der Sozialisten an einem neuen Koalitionsministerium ausgesprochen.

Die Offensive der Deutschnationalen.

In Hannover haben in diesen Tagen die Deutschnationalen ihren zweiten Parteitag abgehalten. Einen „weltlichen Parteitag der Kraft“ nennt eins der deutschnationalen Blätter, die Post, die Zeitung. Auf dem Parteitag selbst hat der frühere Staatsminister Herzog triumphierend betont, daß die deutschnationale Partei nahe daran ist, die stärkste bürgerliche Partei in Deutschland zu werden. Kühn behauptet die Post, daß nur die Deutschnationalen die Möglichkeit haben, Führernaturen herauszustellen, wie sie Deutschland brauche. Auf dem Parteitag haben sich die deutschnationalen Politiker als die einzigen Retter Deutschlands ausgespielt.

Es ist charakteristisch für die politischen Zustände im neuen Deutschland, daß noch zwei Jahre nach der Revolution ausgerechnet die Deutschnationalen, die wildesten Chauvinisten, die schlimmsten Reaktionsäre, die größten Feinde der Republik, die eingeschworenen Monarchisten, eine derartige Rolle spielen können. In der deutschnationalen Partei haben sich die gefährlichsten Kriegsheker, die wildesten Annexionspolitiker, die eingefleischtesten Militaristen und entschiedensten Verfechter des alten Systems zusammengefunden. In ihr findet die herrschende Klasse des alten reaktionären Deutschlands, die das deutsche Volk in der schamlosesten Weise ausgeplündert und getödtet hat, die daran schuld ist, daß Deutschland in der ganzen Welt verhaßt wurde und im Kriege seine Feinde nach Dutzenden zählen konnte, ihre politische Vertretung. Die deutschnationale Partei umfaßt alle die Elemente, die die wahrhaft schuldigen an dem Unglück und dem Elend des deutschen Volkes sind. Und ausgerechnet dieser Partei strömen die Massen des Bürgertums zu, so daß sie sich als führende bürgerliche Partei aufspielen kann. Dabei hat die Clique, die die Führung in der deutschnationalen Partei hat, ihren Charakter absolut nicht geändert. Es ist noch das alte reaktionäre Denken, das alte alldemokratische Kaufhütentum, das alte blindwütige Draufgänger-tum, das diese Gesellschaft auszeichnet. Die Erfahrung lehrt, daß diese Gewaltpolitiker des alten Systems zu nichts weniger taugen als zu Führern des deutschen Volkes. Trotzdem aber sucht ein großer Teil des Bürgertums in seiner Angst vor dem Proletariat gerade bei ihnen Schutz und Rettung.

Künftig ist in Hannover zur Sammlung des Bürgertums unter Führung der Deutschnationalen gelassen worden. „Einmütiger Zusammenschluß aller vaterländisch Gesinnten zu gemeinsamer nationaler Arbeit“ wird in einer Entschlieung gefordert. „Gegenüber der Sozialdemokratie“ — und es wird dabei kein Unterschied zwischen den verschiedenen Richtungen gemacht — „ist es nur ein rücksichtsloses Bekämpfen“ erklärte Herzog. Die preussische Regierung, in der noch einige Rechtssozialisten liegen, muß nach Helfferich schnellstens befeitigt werden. Helfferich nannte die Sozialdemokratische Partei die überflüssigste, die es gebe. Weil sie „nach außen hin die internationale Verbrüderung, nach innen den Klassenkampf predigt“, müsse sie bekämpft werden. Um die Seele der deutschen Arbeiterschaft will man mit der Sozialdemokratie ringen. Dabei denkt man selbstverständlich nicht an einen geistigen Kampf. „Wir brauchen eine kraftvolle Staatsgewalt“ deutete ausdrücklich der Leiter der agrarischen Deutschen Tageszeitung, Baedeker. Im „Sinn des Bismarckschen Gedankens“ soll das Reich nach ihm weiter entwidelt werden. Selbst die herrschende bürgerliche Koalitionsregierung, deren Leiter eben erst im Reichstag Ausnahmemaßnahmen gegen die radikale Arbeiterschaft angelündigt hat, ist den Herrschaften noch nicht reaktionär genug. Nach der Auffassung Herzogs hat sie sich bereits „zu weit nach links orientiert“. Die alte Hohenzollern-Monarchie und das von den Junkern regierte vorrevolutionäre Preußen sind das Ideal der deutschnationalen Kämpfer. Es reizt zum Lachen, wenn der Fabrikbesitzer Lehniq aus Dresden behauptete, daß ausgerechnet dieser deutschnationale Parteitag, der ganz vom altpreussischen Junker- und Militaristengeist beherrscht wurde, eine neue Weltanschauung geboren habe.

Die Monarchie ist es, von der die Deutschnationalen Heil und Rettung erwarten. „Solange die Monarchie nicht wieder bei uns eingeführt ist, werden wir nicht zu gesunden Verhältnissen kommen“ erklärte Herzog unter minutenlangem, stillen Weiseln. Und das erhoffte Heil muß vom Hause Hohenzollern kommen, denn „was Preußen geworden ist, verdankt es den Hohenzollern“ behauptete Baedeker, und wer den notwendigen Preußengeist wiederherstellen will, „muß auch den preussischen Staat und das Königtum der Hohenzollern wiederherstellen wollen, verliedere Graf Westarp. An welchen Hohenzollernfürsten Minister Herzog gedacht hat, als er meinte, wir müßten wieder einen „Partikaiser“ haben, hat er leider nicht verraten. Wie sich die Herrschaften übrigens die nach ihrer Auffassung notwendige Umwandlung der Republik zur Monarchie ungefähr vorstellen, kann man aus gelegentlichen Äußerungen über die Notwendigkeit der Bewaffnung des organisierten Bürgertums entnehmen. Mit großer Befriedigung konstatierte Graf Kanitz-Podangen, daß es

dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Preußen ...
geungen ist, den „Selbstschuß“ auszulösen. Und ein
anderer Redner erklärte unter dem Beifall der Versammlung:
„Wir lassen uns die Einwohnerwehr nicht verwehren, kommt was
da wollen.“ Besonders interessant ist es, daß dieser Redner, der
damit so drastisch seine Verachtung der Gesetze zum Ausdruck
brachte, der bayerische — Justizminister Roth war! Für die
„Kraftvolle Staatsgewalt“ treten die Herrschenden eben nur
dann ein, wenn sie den deutschnationalen Wünschen Rechnung
trägt. Das letzte Deutsche Reich paßt eben den Deutschnationalen
absolut nicht. Nach ihrer Anschauung widerspricht — wie es in
einer gewissermaßen programmatischen Entschlüsselung heißt —
„ein zentralistischer Unitarismus, wie ihn die Weimarer Ver-
fassung und mehrere Reichsgesetze gebracht haben, dem deutschen
Volkcharakter und der deutschen Geschichte“. Darum Rückkehr zum
alten wilhelminischen Preußen-Deutschland. „Selbstschuß“ und
Einwohnerwehren sind Instrumente, die man bei diesem „Wieder-
aufbau“ noch recht gut gebrauchen kann. Will die Deutsch-
nationalen den weiteren Kampf denken, geht auch aus einer
Aussage der bekannten Frau Marparete Behm auf dem
deutschnationalen Frauentag hervor. Diese gefühlsvolle deutsche
Frau, die in ihrer Rede sowohl von Christentum, Kirche und Sitt-
lichkeit sprach, warf den deutschnationalen Männern Schlappheit
in den Revolutionstagen vor und rief in den Saal: „Alle Frauen
hätten schlagen lassen!“

Nicht deutlich offenbaren die Deutschnationalen ihren wahren
Charakter bei der Behandlung der außenpolitischen Fragen, als
der Reichstagsabgeordnete Graefe über die Revision von
Versailles sprach. Die Rede Graefes zielte vor allem, daß die
Deutschnationalen aus der Geschichte der letzten Jahre auch nicht
das geringste gelernt haben. Graefe schwelgte in Erinnerung an
die früheren Tage von Sedan und Versailles und ver-
suchte die „Verräter, die uns den Schmachfrieden von Versailles
besetzten“. Die Verräter am deutschen Volk sind nach Graefe
natürlich nicht die verbrecherischen nationalsozialistischen Kriegshe-
ren, die gegenwärtigen alldeutschen Weltmachtpolitiker und An-
nerkennung, sondern die Feinde des Massenmordens, die ange-
lich den „Schloß von hinten“ gegen die Front geführt haben.
Nach Graefe war das deutsche Volk im Herbst 1918 noch nicht
am Ende seiner Widerstandskraft angelangt und das Massen-
morden hätte deshalb noch fortgesetzt werden müssen. Ein wider-
wärtiges Schauspiel ist es, wenn diese Gewaltpolitiker, die das
Leben von Millionen auf dem Gewissen haben, Kriegerstrafen
über die Kriegssieger verhängen und den Schwerekriegsschädigten
ihre „herliche Teilnahme“ versichern. Einer besonderen Er-
wähnung bedarf es kaum, daß selbstverständlich die Massenmörder
Hindenburg und Ludendorff angeheimelt wurden. Graefe schloß
seine Rede mit dem Wunsch, daß bald ein
„Tag der Rache“ kommen möge.

Neben einer wüsten Schreie des Abgeordneten Wille gegen
die Juden ist noch die Tatsache bemerkenswert, daß der Direktor
Winkler zum gemeinschaftlichen Kampf mit den Katholiken für die
christliche Schule aufrief und Landtagsabgeordneter Ritter
die Beibehaltung der konfessionellen Schule forderte.

Selbstverständlich durfte der deutschnationalen Stoßtrupp der
Reaktion auch bei dem auf der ganzen Front beginnenden Sturm-
lauf des Bürgerkriegs gegen die Sozialisierung nicht fehlen.
Hergt, Delferich und der Reichstagsabgeordnete Lamda
wandten sich mit größter Entschiedenheit gegen alle Sozial-
isierungspläne. Der letztere, der über den Weg zur Volksgemein-
schaft sprach, verfocht den Gedanken einer „sozialen Werk-
gemeinschaft“. Diese „Werkgemeinschaft“ ist die neue Elite
für die alte Idee der Kapital- und Gewinnbeteiligung der Ar-
beiter und Angestellten. Durch Heimstätten- und Pensionsein-
stellungen sollen die Industriearbeiter an den Betrieb, durch Erlei-
cherungen im Landbereich die Landarbeiter an die Scholle gekettet
werden. Der Abgeordnete Behrens hat jetzt auch entdeckt, daß
der deutsche Arbeiter entwürdiget worden ist. Die Entwürdigung
legt er aber nicht dem kapitalistischen Ausbeutungs-
system zur Last, sondern der Sozialdemokratie, weil diese die Ar-
beiter darüber aufgeklärt hat, daß unter der kapitalistischen Wert-
schöpfungsordnung ihre Arbeitskraft nur als Ware gewertet wird.
Wenn Behrens in diesem Zusammenhang ausführt, daß Arbeit
für den kultivierten Menschen Gottesdienst sei, so hat er damit
ungehört zum Ausdruck gebracht, daß die nationalen „Arbeiter-
führer“ den Kapitalismus und den Profit tatsächlich als ihre
Götter betrachten. Wenn die nationalen Propheten dieser Söhne
glauben, gerade mit diesem deutschnationalen Parteitag den „An-
stoß zur Wiedererlangung des geistigen Zusammenhanges mit der
Arbeitskraft“ gegeben zu haben, so werden sie bald erkennen
müssen, daß sie sich in diesem Glauben arg getäuscht haben. Die
deutsche Arbeiterklasse hat das ironische Spiel, das die Deutsch-
nationalen mit dem deutschen Volk getrieben haben, längst durch-
schaut und sie wird ihnen zur gegebenen Zeit die Quittung dafür
ausstellen.

Der Parteitag, der die reaktionären Pläne der Deutsch-
nationalen mit aller Deutlichkeit enthüllt hat, muß aber auch den
Angestellten, Beamten und Mittelschichten, die sich bisher noch durch
die Phrase der Deutschnationalen einspannen ließen, die Augen
öffnen. Niemand kann über den Charakter und die wahren Ziele
der deutschnationalen Partei noch im Zweifel sein. Nationalis-
tischen, Rassen- und Klassenhass sind trotz allem Geredes von dem
angeblichen Streben nach der großen Volksgemeinschaft die be-
sonderen Eigenschaften dieser Partei. Schrankenlose Diktatur der
im alten Deutschland herrschenden Eliten im Innern, Fortsetzung
der verhängnisvollen nationalsozialistischen und imperialistischen Poli-
tik nach außen, Wiederaufrichtung der Hohenzollern-Monarchie
und preußisch-deutschen Militarismus sind die Ziele der Deutsch-
nationalen, die Deutschland mit eben dieser Politik ins Elend ge-
stürzt haben. „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“
hat Herge auf dem Parteitag ausgerufen. Mag das deutsche Volk
dafür Sorge tragen, daß über die deutschnationalen Verbrecher
das der Schwere ihrer Schuld entsprechende Urteil gesprochen wird.
Die bevorstehenden Landtagswahlen bieten die nächste Gelegen-
heit, mit der Abrechnung zu beginnen. Mag das sächsische Volk am
14. November sein Urteil fällen.

Von der Orgel.

Ausreden des Ministers Kühn.

Seit Ende August sind dem Minister Kühn die von uns ver-
öffentlichten Tatsachen über die Orgel in Leipzig bekannt. Er
hat keinen Anstoß gefunden, etwas gegen die Bürgerlichen

Hochverräter zu unternehmen. Länger wie zwei Monate hat
er untätig dem Treiben der Rechtsjustiz zugehört, bis dann
durch die Veröffentlichungen der Chemnitzer
Volkstimme einige Orgelklinge mit Namen ge-
nannt und dadurch veranlaßt wurden, ihr Tätigkeitsfeld zu ver-
legen und alles belastende Material auf die Seite zu schaffen.
Minister Kühn und mit ihm die sächsische Regierung, die unzählige
Male den Beweis erbracht hat, daß sie rücksichtslos vorgehen und
alle reaktionären Gewaltmittel aufzubieten kann, wenn es
gegen die sozialistische Arbeiterklasse geht, haben sich damit zum
Mitschuldigen an dem Erstarren der Gegenrevolution ge-
macht. Ihre Pflicht wäre es gewesen, ungeachtet der gegenrevolu-
tionären Verschwörung zu Leibe zu gehen. Sie haben es nicht
getan oder doch wenigstens in einer Form, daß der Mißerfolg für
leben, der kein Rindstich ist, von vornherein klar vorauszu-
sehen war. Darüber wird vielleicht noch eingehender geredet werden
müssen, mit Material kann gebietet werden. Die sächsische Regie-
rung hat länger als zwei Monate keinen Finger in der Sache
krumm gemacht, wie wir jederzeit beweisen können. Erst als sie
durch die Veröffentlichungen der Chemnitzer Volk-
stimme auch von den rechtssozialistischen Parteimitgliedern zum
scharfen Angriff aufgefordert wurde, hat sie zugegriffen und mit
völlig unzulänglichen Mitteln eingegriffen. Die Orgel-
klinge werden ihre reine Freude an der rücksichtslosen demokratisch-
rechtssozialistischen Regierung haben.

Die sächsische Regierung scheint selber zu fühlen, daß sie ihre
Pflicht gründlich verletzt hat. Sie sucht nun nach einem Vorwand,
um die Schuld auf einen andern schieben zu können. Den Sünden-
bock glaubt sie nun in der Leipziger Volkszeitung gefunden zu
haben. Durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei läßt sie fol-
gende Darstellung verbreiten:

Bei dem von der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten
„Protokoll“ über die Organisation und Leitung der Orgel in
Leipzig handelt es sich um Aufzeichnungen, die im Parteisekretariat
der USPD in Leipzig auf Grund von Mitteilungen eines ange-
sehenen Mitglieds der Orgel gemacht worden sind. Das Mini-
sterium des Innern ist genau wie in allen anderen Fällen auch die-
sen Mitteilungen sofort nachgegangen. Am Tage nach ihrem
Empfang hat der Minister des Innern einen zuverlässigen Be-
amten nach Leipzig beordert, der die Nachprüfung der Angaben
des genannten Parteisekretariats mit Leipziger Beamten einzu-
leiten hatte. Jeder einzelne Vorgang wurde nachgeprüft, eine
scharfe Überwachung eingerichtet und auch im übrigen die erforder-
lichen Maßnahmen vorbereitet. Ueber das Ergebnis kann aus
naheliegenden Gründen zunächst nicht berichtet werden. Hätte die
Leipziger Volkszeitung wirklich Interesse an einem für die Be-
teiligten überaus schmerzhaften Eingreifen gehabt, dann hätte sie vor
ihrer Veröffentlichung erst den Weg in das Ministerium finden
müssen. Einer der Überbringer des Materials und zwei Redak-
teure des Blattes hätten als Mitglieder der Volkskammer in der
vergangenen Woche neuem Gehör gefunden für eine unmittelbare
Aussprache gehabt. An dem gleichen Tage, an dem die Veröffent-
lichung der Leipziger Volkszeitung erschien, hatte bereits im Mini-
sterium des Innern mit den beauftragten Beamten eine Be-
sprechung stattgefunden in der die erforderlichen Maßnahmen und
der Zeitpunkt für ihre Durchführung festgesetzt wurden. Wenn
durch die verlässliche Veröffentlichung der Leipziger Volkszeitung
die Durchführung der einzelten Maßnahmen wenigstens zum
Teil in Frage gestellt werden sollte, so liegt die Schuld nicht an der
Regierung.

Zwei volle Monate hat die Regierung nichts getan, teilt auf
einmal hatte sie ausgerechnet am Tage der Veröffentlichung des
Protokolls zugreifen wollen. Ist das nicht ein bißchen sehr ver-
dächtig? Das Leipziger Tageblatt wird wohl den Nagel
auf den Kopf treffen, wenn es schreibt, Minister Kühn ist heil-
froh über die Veröffentlichung. „In zwei Monaten hat er nichts
gefunden, was ihn zum Eingreifen veranlassen konnte, nun kann
er statt dieses Eingreifens wenigstens sagen, die Veröffent-
lichung der Volkszeitung habe die Verleumdung gewahrt.“ Das
Schreiben der Staatskanzlei ist ein seltsames Verlegenheitsgestim-
mel. Wir wollen noch einmal betonen, daß wir das Protokoll erst
veröffentlicht haben, nachdem wir genau festgestellt, daß die Ver-
leumdung das Material auf die Seite geräumt hatten. Die Regie-
rung kann sich darauf verlassen, daß wir mindestens ebenso gut
unterrichtet sind wie sie, wir glauben sogar noch besser.

Der Versuch der Regierung, sich reinzuwaschen, wird miß-
lingen. Die Arbeiter aller Schattierungen werden selber darüber
wachen, daß die Pläne der Orgel unwirksam werden. Am Wah-
ltag gibt es nicht nur gegen die bürgerlichen Konterrevolutionäre,
sondern auch gegen die rechtssozialistischen Wackel-
gestalten zu protestieren.

Der Kampf um die Orgel im preussischen Ministerium.

In der preussischen Regierung wird gegenwärtig zwischen dem
Ministerpräsidenten Severing und dem Zentralkomitee, Justiz-
minister Jenschhoff, ein scharfer Kampf um die Orgel aus-
gefochten. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten, die
die Bildung bewaffneter Vereinigungen verbietet, richtete der
Minister Severing am 15. August d. J. an sämtliche Ober-
präsidenten Preußens ein Telegramm, wonach das Bestehen der
Orgel ein Verstoß gegen die Verfügung des Staatsministeriums
über die Auflösung der Einwohnerwehren darstellt, daher ungesetz-
lich und deshalb mit Verbot und Auflösung gegen sie, wie gegen
ähnliche Vereinigungen, vorzugehen ist.

Gegen diese Verfügung wehrte sich der Organisator der be-
waffneten Gegenrevolution Escherich, und behauptete, sie ver-
stoße gegen Artikel 124 der Reichsverfassung. Darauf ersuchte
Severing den preussischen Justizminister um ein Rechtsgut-
achten, das zugunsten der Orgel ausfällt. Es zeigt in jedem Satze
daß der preussische Justizminister ein Freund dieser gegenrevolu-
tionären Organisation ist; denn alle Tatsachen, die sie als bewaffnete
militärische Einrichtung zeigen, schließt er kühn beiseite und be-
zeichnet sie als harmlose, friedliche Vereinigung. Diese partei-
liche Stellungnahme des preussischen Justizministers für die Orgel ist
Severing aber doch zu bunt; er erläßt einen neuen Erlaß an die
Behörden, worin es heißt:

„Der Rechtsboden für diese Maßnahmen ist ohne weiteres ge-
geben, und zwar einmal durch § 123, Ziffer 23 des Reichs-Kreis-
gesetzes, das die Mitglieder der Orgel ausweislich ihrer
Satzungen deren Leitern gegenüber sich zu vorbehaltloser Unter-
ordnung verpflichtet haben. Ferner handelt es sich aber ganz
offenbar um einen durch die Verordnung des Reichspräsidenten
vom 30. Mai 1920 verbotenen und mit Strafen bedrohten Ver-
band politischer Art, da der § 3 der Satzungen des Vereins u. a.
den Schutz von Personen, sowie Aufrechterhaltung von Ruhe und
Ordnung und Abwehr jedes Rechts- und Unrechtsverstoßes vorzieht.
Dies sind zweifellos Aufgaben der Polizei nach § 10 II 17 des
Allgemeinen Landrechts, deren Ausführung ein ausschließliche

Recht des Staates ist. Schließlich verleiht der Verstoß gegen die
Verfügung des Staatsministeriums vom 9. April 1920, die Auf-
lösung der Einwohnerwehren betreffend. Die Verfügung bezieht
sich nach ihrem Sinn und ihrer Verfassung nicht nur auf die
lokalen organisierten Wehren, sondern darüber hinaus auf alle
Organisationen, die in der Zusammenfassung von Per-
sonen zum Zwecke gemeinsamer und planmäßiger Ausübung des
Selbstschutzes bestehen. Daß dieser mit Waffen ausgerüstet wird,
unterliegt keinem Zweifel. Selbst wenn der Verband als solcher
keine Waffen hat, so gilt dies doch von dem größten Teil der Mit-
glieder; ein Zustand, der nicht nur tatsächlich selbstschützend, sondern
zweifellos auch in der Absicht der Organisation liegt, da ohne
Waffen ein Selbstschuß nicht ausgeübt werden könnte. Demgemäß
hat die Reichsregierung in einer Kabinettsitzung vom 3. Mai
1920 anerkannt, daß die Orgel als Umgehung der Einwohner-
wehr anzusehen ist, so daß ihr Fortbestehen mit dem Verfall der
Friedensverträge nicht in Einklang zu bringen ist. Die von der
Presse erwählte Stellungnahme des Herrn Justizministers ist, wie
er selbst am Schluß seiner Äußerungen hervorhebt, nicht end-
gültig. Seiner eigenen Anregung entsprechend wird ihm das
weitere, noch in der Sammlung begriffene Material über das
Wirken der Orgel zur erneuten Prüfung übermittelt. Ohne
Rücksicht darauf ist aber sofortiges Eingreifen, wenn nicht schwere
Komplikationen eintreten sollen, geboten. Wenn auch nur der
Wiederaufbau Deutschlands gewollt worden war, so führen doch
die Bestrebungen und Wirkungen ihrer Schöpfer, wie die Tat-
sachen beweisen, zum entgegengesetzten Ziele, letzten Endes zur
schweren Gefährdung des Staates.“

Mandats-Niederlegung?

Der Abgeordnete Genosse Fritz Kunert schreibt uns:
Nach Beendigung des letzten sächsischen Parteitags wurde ich
von verschiedenen Seiten gefragt, wie ich mich gegenüber der For-
derung der Mandatsniederlegung verhalten würde. Inzwischen
haben sich die Presse und weitere Personalkreise mit der Sache
gleichfalls teils lässlich und vernünftig, teils brutal und gehässig
befaßt, so daß ich als ein unmittelbarer Beteiligter es für zweck-
mäßig erachte, meine Auffassung für die Publikation zusammen-
zufassen wie folgt:

Hierdurch erkläre ich, daß ich nicht in der Lage bin, dem
Wunsche auf Niederlegung meines Reichstagsmandats zu ent-
sprechen.

Der Reichstags Abgeordnete Halle-Merseburg vom Oktober 1920 spricht
mit „scharfem Blick“ wegen einer angeblich parteipalpa-
den, mir unbekanntem „Erklärung“ auf dem sächsischen Parteitag
aus. Das ist natürlich sehr verständlich, da es sich um einen
neukommunistischen Reichstagsabgeordneten handelt, der alle innere Wahrhaftig-
keit beiseite ließ, aus Rücksichtslosigkeit den Namen der
USPD trug, die er nach Möglichkeit und mit allen verfügbaren
Kräften schädigen oder ganz vernichten will. Dieser Reichstags-
abgeordnete, daß ich ihm mein Reichstagsmandat „zur Verfügung“
stellen werde. Diese Erwartung ist reichlich naiv, da ich mich der
USPD, nicht irgendeiner andern politischen Partei, die unter
solchem Namen austritt, durch Redens verpflichtet habe.

Zu jener Zeit (am 18. April 1920), als ich meine schriftliche
Erklärung dem Reichstagsabgeordneten übergab, standen Reichstagsvorstand, Dele-
gierte des Reichstags, sowie alle Parteiangehörigen unweifel-
haft auf dem Boden der USPD. Jetzt hat sich das völlig dahin
geändert, daß der Reichstagsabgeordnete, sowie der gesamte Vorstand nicht
mehr der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, sondern
Kommunisten sind, eine Wandlung formeller und inhaltlicher
Natur. Ich hatte, als ich meine schriftliche Erklärung dem
Reichstagsabgeordneten übergab, mit den Kommunisten damals
ebensowenig etwas zu tun, wie jetzt, wo Neukommunisten unter
solcher Namensfirma mich auffordern, mein Mandat niederzu-
legen.

Der Reichstags Abgeordnete Halle-Merseburg steht auf dem Boden der
USPD von der 3. kommunistischen Internationale vorgeschriebenen Auf-
nahmekonditionen. Mit der reaktionären und behnauungslosen Annahme
dieser Satzungen hat er sich verpflichtet, gemäß der §§ 16 und 17
der Bestimmungen und des § 3 des Statuts der kommunistischen
Internationalen in die auf Grund der Beschlüsse der kommunistischen
Internationalen bereits konstituierte kommunistische Partei
Deutschlands — Sektion der 3. kommunistischen Internationale —
unter Annahme dieses Namens einzutreten. Der sofortige oder
spätere Eintritt in eine andere Partei bedeutet aber, daß nach den
Beschlüssen des März-Parteitags vom 1919 der USPD, wonach
„Parteilose jederzeit einer andern Partei anschließen
darf, den Austritt aus der USPD, Deutschlands. Der Reichstags-
abgeordnete hat durch die Annahme der kommunistischen Bestimmungen
— trotz Hinweis falscher Aussagen — aufgehört, ein Reichstags-
abgeordneter der USPD zu sein. Daraus schöpfe ich das Recht und daher habe ich
die Pflicht, die Zumutung, das mir anvertraute Reichstagsmandat
niederzulegen, entschieden zurückzuweisen. — Dazu habe ich mich
für berechtigt, da die Organisation Halle-Merseburg alle meine
dringenden Vorschläge und sozialistische formulierten Anträge auf
unbedingte Hochachtung der geschlossenen Einheit und Disziplin
der Partei unberücksichtigt gelassen oder niedergeschmissen hat. Nach-
dem das geschehen habe auch ich persönlich nach der Richtung keine
Verpflichtung mehr.

Trotzdem würde ich jedoch sofort — obgleich ich ohne Berufs-
stellung bin — mein Mandat niederlegen, sobald mir nachgewiesen
wird, daß ich meinen Verpflichtungen als Parlamentarier irgend-
wie nicht nachgekommen bin, daß ich die sozialistische Grundrich-
tung im allgemeinen oder die programmatische Auffassung vom
Sozialismus in irgendeinem Punkte verfehlt habe, oder daß ich
nicht oder früher die revolutionäre Klassenkampfpolitik unter Ein-
schränkung meiner ganzen Persönlichkeit nicht anerkannt oder nicht
propagiert habe.

Nach der formell rechtlichen Seite steht absolut keine Ur-
sache der Möglichkeit vor, die irgendjemand berechtigt, mich zu
verhindern, das mir von 300 000 Wählern anvertraute Mandat
auszuüben, das rechtlich nicht nur für den Bezirk Merseburg-Halle,
sondern für die ganze Republik ist.

Ich verlange also zu der Schlussfolgerung:
Eine auf höherer Instanz beruhende Annulierung des von mir
ausgeübten Scheins in Bezug auf mein Mandat, muß ich als
einen Nötigungsversuch zurückweisen, wie er in einem bemer-
kenswerten und entbehrungsreichen Parteileben von vier und einem halben
Jahrzehnt mir noch nicht begründet ist.

Die Tätigkeit der Neukommunisten in Offenburg.

In Offenburg (Baden) trennten sich von der Partei-
leitung des Sozialdemokratischen Parteiens USPD der Kasseler
Klotz und der Bilschlagler Dörke, um ins Lager der
Neukommunisten überzutreten. Der Kreisrat hat sich noch
ebenfalls aus. Dann wurde rasch eine Mandatsniederlegung
einberufen, zu der zuerst Kommunisten erschienen. Nach vor-
genommener Vorberatung ging man sofort zum Sturm auf das
abgeschlossene Vereinslokal der USPD vor, um die Ratten, die
Kasseler usw. aus dem Haus zu werfen. Der Wirt drohte mit
der Klage wegen Hausfriedensbruch. Am Sonntag früh wieder-
holte man diesen Versuch unter Anwesenheit vieler neu-kommuni-
stischer Delegierter des Provinzparteitages der Neu-Mosauer.
Der Wirt wurde endlich abgewendet.

Am Dienstag folgte der als Vorsitzender der Neu-Kommuni-
stischen Offenburger Einzelgruppe Martin Witzel an die
19. April 1920, der dem Reichstagsabgeordneten die Mandats-
niederlegung bis Mittwoch, abends 6 Uhr, zu erklären, ob sie „fest

auf dem Boden des Hallischen Parteitages stehen" und die Vorstände Däumig, Hoffmann anerkennen. Im Belagerungsfall müssen die übertragenen Mandate als Stadtrat bzw. Stadtvorordnete niedergelegt werden.

Die Mehrzahl der Offenburger Genossen blieb trotz alledem der USP. treu.

Die neue internationale Konferenz.

Basel, 2. November. (T.-L.) Der Daily Herald will mit, daß der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei Englands die Initiative ergriffen hat, um alle sozialistischen Parteien, welche weder der Moskauer noch der Genfer Internationale angehöhlen seien, zu einer unabhängigen Internationalen zu vereinigen.

In der Freiheit teilt Genosse Kurt Rosenfeld in einem Artikel für die dritte Konferenz aus dieser und der geistigen Führung von dem geplanten Schritt der Schweizer Partei mit: Demgemäß hat unsere Zentralkommission bereits vor Bekanntwerden der Konferenzeinladungen aus London und Zürich und unabhängig von diesen englischen und schweizerischen Konferenzabsichten beschlossen, im Namen der U. S. P. D. Vertreter von revolutionär-sozialistischen Parteien, die aus der zweiten Internationalen ausgetreten sind, zum 5. Dezember zu einer Konferenz nach Bern einzuladen. Dieser Beschluß war schon teilweise ausgeführt, als wir von den Londoner und Züricher Blättern hörten. Das mag genügen, um die Unwahrheit der Behauptung der Internationalen festzustellen, daß auf geheimes Betreiben unserer Partei von Zürich aus Einladungen zu einer Konferenz ergangen seien.

Verberebureaus für die neuen Balkan-Banden.

Schneller als vorausgesehen war, zeigt sich, daß das von der Reichsregierung vom Stapel gelassene Dementi in Sachen der litauischen Grenzüberbrechungen ein Täuschungsmandat war. Die amtliche Untersuchung hat, wie jetzt gemeldet wird, ergeben, daß eine ganze Anzahl Verberebureaus bestanden, in denen Anwerbungen für die litauische Armee vorgenommen wurden. Den Anwerbungen wurden 50 Mk. Tagesverdienst zugesichert. Zu gleich berichtet die Telegraphenunion, daß auf die Aufforderung des Polizeipräsidenten von Rbinsberg, des Reichssozialistischen Lührers, die Grenzschutz durch Reichswehr zu verstärken, der dortige Reichswehrkommandeur, General von Dressel, dies abgelehnt hat. Womit erwiesen ist, von welcher Seite die Bildung der neuen weißen Banden unterstützt wird.

Ausgegrabene Geschütze.

Wenn unsere Presse über vergrabene Waffentypen berichtet, spotten die rechtsradikalen Blätter über diese Nachrichten. Sie sollen damit als unwahr der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Sie sollen damit die Öffentlichkeit täuschen und ihren Aufmerkbarkeit von unheimlichen Vorkommnissen, wie sich jetzt wieder eins auf einem pommerischen Gute ereignet, ablenken. Auf Veranlassung des Landrats Bassel wurden auf dem pommerischen Gute Gellin im Kreise Neustettin, dessen Besitzer ein ehemaliger Offizier ist, drei Geschütze mit allem Zubehör und großen Mengen Munition ausgegraben. Größer jedoch, weit größer als die Zahl der aufgefundenen Waffen- und Munitionsmengen sind selbstverständlich die nicht aufgefundenen.

Aufhebung des Vertrages über Schleswig?

Kopenhagen, 2. November. (T.-L.) Nach dänischen Blättermeldungen besteht die Aussicht, daß der Schleswig-Vertrag zwischen Deutschland, Dänemark und der Entente, der u. a. auch Dptionsbestimmungen enthält, vollständig aufgegeben werden wird. Deutschland weigert sich hartnäckig, den Vertrag zu unterzeichnen und man nimmt nicht an, daß die Alliierten bezüglich des Vertrages auf Deutschland einen Druck ausüben werden.

Frankreich und die Befehung des Ruhrgebietes.

Basel, 1. November. (T.-L.) Das Echo de Paris bringt Andeutungen über eine geheime Sitzung des Rates der Nationalen Verteidigung. Das Blatt bemerkt, daß die Generale in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Millerand nicht nur nicht für die zweijährige Dienstzeit eintreten, sondern auch für eine Verstärkung der Besatzungsarmee. Auch sei beschlossen worden, die Befehung des Ruhrgebietes im Auge zu behalten.

Zur Münchener Mordaffäre.

Berlin, 2. November. (T.-L.) In der bereits gemeldeten Verhaftung des an der Mordanschlagsaffäre beteiligten Reichswehrsozialisten D o b n e r in München erzählt das Berl. Tageblatt noch, daß der gleichfalls verhaftete Belgier Fraheur nur kein Belgier sei, sondern ein Münchener aus dem Bezirk Haidhausen, namens Bracher, der wegen großer Schokoladenschleibungen seit einiger Zeit gesucht wurde.

Verbot politischer Versammlungen in Danzig

Danzig, 1. November. Der Stellvertreter des Oberkommissars in Danzig hat folgende Verordnung erlassen: Ich halte während der Verhandlungen über die polnisch-danziger Konvention in Paris jede öffentliche Versammlung in Danzig, die die Erörterung politischer Angelegenheiten zum Gegenstand hat, für beide Parteien für gleich schädlich. Deshalb, und um allen Schwierigkeiten der öffentlichen Sicherheit vorzubeugen, halte ich es sowohl im Interesse der Polen wie der Danziger für meine Pflicht, hierdurch anzuordnen, daß jede öffentliche Versammlung in welcher politischer Fragen verhandelt werden sollen, bis zur Ratifikation des polnisch-danziger Abkommens zu unterbleiben hat.

Erzberger zieht sich von den Reichstagsverhandlungen zurück.

TU. Berlin, 2. November. Im Reichsausschuß der deutschen Zentrumsparlei, der am Sonntag und Montag in Berlin zusammentrat, gab der frühere Reichsfinanzminister Erzberger auf freiem Entschluß die Erklärung ab, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstagsverhandlungen und an den Verhandlungen der Fraktion nicht beteiligen wird.

Tschechische Ausschreitungen in Böhmen.

Wiener Blätter berichten, daß in Teplich und Reichenberg in Böhmen große Ausschreitungen tschechischer Legionäre stattgefunden haben. Danach wurden auf dem Teplicher Marktplatz vom Sockel des Kaiser Josef-Denkmal herab Anstrachen gehalten und die Beschädigung des Denkmals gefordert. Mehrere Legionäre versuchten in der Kanzlei des Bürgermeisters Verhinderung des Denkmals. Später kam vom Statthalterbeirat Auftrag, das Denkmal zu verhängen. Blödsinn drangen Legionäre in das alte Stadthaus ein, rissen deutsche Orientierungstafeln herab, zertrümmten Fensterscheiben, verlangten vom Amtsrichter

Aussprechung des Fotografen, der die Vorgänge fotografiert haben sollte, und beuoheten ihn tätlich. Als der Bürgermeister eingreifen wollte, warfen sie ihn hinaus. Inzwischen wurde das Denkmal unter dem Jubel der tschechischen Menge verhängt und die Legionäre erklärten, wenn das Denkmal nicht bis Sonntag beseitigt sei, würden sie dies selbst tun. Auch von Straßenbahnwagen wurden deutsche Aufschriftstafeln heruntergerissen. In seiner Nachmittags-sitzung protestierte der Stadtrat gegen diese unter den Augen verantwortlicher Regierungsorgane verübten, eines Rechtsstaates unwürdigen Gewalttaten.

In Reichenberg drang eine Gruppe von Legionären in das Rathaus ein, weil der Stadtrat eine Festversammlung der Legionäre vor dem Rathaus verboten hat. e. d. e. S. a. t. e. e. i. später gestattete. Die Legionäre bedrohten den Bürgermeister und forderten von ihm den Schlüssel zur Rathausloggia; schrie er und drohend forderte die Menge ihn auf, tschechisch zu sprechen. Bürgermeister Dr. Baier erklärte aber, daß Reichenberg eine deutsche Stadt sei. Die Menge bedrohte den Bürgermeister tätlich, bis er endlich auf Vorrat eines tschechischen Abgeordneten erklärte, der Gewalt weichen zu müssen. Am tschechischen Straßfesttag stürmte eine Schar von etwa 30 Legionären in das Rathaus, überfiel den Bürgermeister und erzwang unter Todesdrohungen von ihm das Hissen weiß-roter tschechischer Fahnen am Rathaus. Der Stadtrat einschließlich seiner tschechischen Mitglieder hat sofort eine Protestkundgebung beschlossen und das Einschreiten der Staatsanwaltschaft gefordert.

Wie die Prager Bohemia aus Mährisch-Aussig berichtet, ist das dortige Kaiser Franz-Josef-Denkmal von tschechischen Legionären zerstört worden.

Die Lage im Osten.

Beginn der bolschewistischen Offensive an der Südfrent.

Konstantinopel, 1. November. (Reuter.) Die Bolschewisten haben an der ganzen Front die Offensive wieder aufgenommen. Die Truppen Wrangels werden zurückgedrängt. Sie haben Verdiansf und Alexandrowot geräumt.

Vorbereitungen zur zweiten Rigaer Konferenz.

Warschau, 1. Nov. über. (T.-L.) Die Vorbereitungen für die Arbeit der neuen Friedensdelegation nach Riga sind im Gange. Die Landtagsabgeordneten, die Mitglieder der ersten Konferenz waren, werden an der zweiten Konferenz nicht wieder teilnehmen. Die Delegation wird gebildet aus Vertretern des Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Finanzministeriums, der Ministerien des Inneren, des Krieges und des Verkehrswezens. — Durch Verfassung des Ministers des Inneren ist die Präzedenz mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Russische Protestnoten an England.

London, 1. November. (Reuter.) In einer Note der Moskauer Regierung an das britische Auswärtige Amt wird dagegen Einspruch erhoben, daß die britischen Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, bolschewistische Unterseeboote im Schwarzen Meer und in der Dniepr anzugreifen, da die Moskauer Regierung sich nicht als im Kriegszustande befindlich betrachte. — Eine andere Note verlangt, daß die britische Regierung die Streiks der Streikkräfte von Balanowitsch und Weissura in Weiskrugland und der Ukraine nicht unterklüge.

Der polnische Ueberfall auf Litauen.

Kowno, 1. November. (Lit. Telegr. Agentur.) Die Litauer haben gestern früh in hartnäckigen Kämpfen den Feind hinter die Linie Dubanhe—Krawan—Salupien—Kawisist zurückgedrängt. Ein polnischer Flieger hat gestern über Wilkomit Bomben abgeworfen und wurde mit Maschinengewehren beschossen. Durch die Bomben wurden 11 Zivilisten getötet, 13 schwer und viele leicht verletzt.

Warschau, 1. November. Im Ausschuh des polnischen Reichstags für auswärtige Angelegenheiten erklärte der Minister des Aeußern, Prinz Sapieha, die polnische Regierung nehme den Beschluß des Völkervertrages über eine Volksabstimmung in Wilna unter der Bedingung an, daß die Volksabstimmung in allerhöchster Zeit vor sich gehe. Er erklärte weiter, die polnische Regierung habe keine Maßnahmen gegen General Jeligowski vorgezehen.

Die Bergarbeiter von Südwales gegen das Einigungsabkommen.

Cardiff, 1. November. Die Bergarbeiter von Südwales haben gestern beschlossen, den Bergarbeitern der anderen Kentere anzuraten, die vorgeschlagenen Bedingungen abzulehnen.

Amsterdam, 1. November. Wie Allgemein Handelsblad aus London meldet, wird das Ergebnis der heute beginnenden Abstimmung unter den Bergarbeitern am Mittwoch auf der nationalen Konferenz der Bergleute bekanntgegeben werden.

Streiks und Streikunruhen in Spanien.

Madrid, 1. November. (Havas.) Die Hafenarbeiter von Cartagena und Murcia haben die Arbeit niedergelegt. In Santander streiken die Buchdrucker und die Bergarbeiter.

Barcelona, 1. November. (W. T. B.) Die Zwischenfälle infolge des Streiks mehren sich. Gestern Abend wurde der Vizepräsident der Bäckermeistervereingung das Opfer eines Anschlages. Gestern mittag haben verschiedene Streikende Schüsse auf den Besitzer eines Elektrizitätsunternehmens abgegeben, durch die dieser getötet worden ist. In Zaragozza platzte eine Bombe vor dem Gebäude einer Metallwarenfabrik. Es wurde dadurch bedeutender Sachschaden angerichtet.

Gewerkschaftliche Verfolgung französischer Gewerkschaftsführer.

Paris, 31. Oktober. Der Untersuchungsrichter hat die Strafverfolgung gegen den Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) wegen Verletzung des Gesetzes über die Gewerkschaften eingeleitet. Die fünf Führer des Verbandes, Jouhaux, Dumoulin, Capiere, Laurent und Calvengrad, haben sich deshalb am 5. November vor dem Strafgericht zu verantworten. Am 11. Mai wurde vom Justizminister L'Hopiteau infolge der Verurteilung bei der großen Streikbewegung der Strafantrag gestellt mit dem Endziel der Auflösung des Verbandes.

Neue Kommunismorde in Ungarn.

UT. Udenburg, 2. November. Am Donnerstag, den 28. Oktober früh, fand in Udenburg die Hinrichtung der im sogenannten Gloszner Prozeß zum Tode verurteilten Kommunisten Franz Judt und Martin Kuno statt. Der ebenfalls zum Tode verurteilte Kommunist Szabo wurde zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifbewegung der Leipziger Privatbankangestellten. Am 22. Oktober ist in Berlin der nach jahrelangen Kämpfen zustandgekommene Reichstarif für das Bankgewerbe dem Reichsverband der Bankleitungen und den beiden Bankbeamten-Organisationen unterzeichnet worden. Dieser Tarif läßt eine Reihe kleiner Aktienbanken, Genossenschaftsbanken und die Mehrzahl der Bankbedienten unberücksichtigt. Die Angestellten dieser kleineren Institute die teilweise noch unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen leiden, nahmen dieser Tage in einer vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten einberufenen Versammlung Stellung zu dieser Frage und faßten einstimmig folgende Entschlieung:

„Die am Mittwoch, den 27. Oktober 1920, in Lehmanns Bierpalast versammelten Privatbankangestellten Leipzigs anerkennen den kürzlich abgeschlossenen Reichstarif für das Bankgewerbe bei aller Unzulänglichkeit seiner Einkommensstufe und besonders seiner Bestimmungen über Mitbestimmungsrecht, Unfallbarkeit, Uebervandungen usw. als einen aus schließlich den hohen Bemühungen des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten zu dankenden Fortschritt, da dieser Reichstarif zunächst für den aus schließlich gebenden Teil des Bankgewerbes im ganzen Reichsgebiete die Arbeitsverhältnisse der Angestellten einheitlich regelt und jedem Angestellten der von diesem Tarif erfaßten Institute ein nicht unterjähriges Mindesteinkommen sichert.“

Die verammelten Privatbankangestellten, welche von diesem Tarif noch nicht erfaßt werden und deren Einkommensverhältnisse zum Teil noch geradezu lässlich sind, fordern von ihren Arbeitgebern die Einführung eines neuen Reichstaries auch bei ihren Firmen rückwirkend bis zum 1. August 1920 und demgemäß die Unterstützung der von allen Vertragskontaktabenten beim Reichsarbeitsministerium beantragten allgemeinen Verbindlichkeits-erklärung des Reichstaries.

Die Versammelten beauftragen den von ihrem Vertrauen getragenen Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, die Durchführung dieser Forderung in die Wege zu setzen und sind bereit, bis zur Anwendung der höchsten gewerkschaftlichen Mittel alle Maßnahmen ihrer Organisation, d. i. des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, treu solidarisch nach dem Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen“ — zu unterstützen und durchzuführen.“

Massenentlassungen bei der Viktoria.

Die Direktion der Viktoria hat ihre sämtlichen Einnehmer mit dem 31. Oktober d. J. entlassen, obgleich ein Reichstarifvertrag für die Einnehmer noch bis zum 31. Dezember d. J. läuft. Sie will den Einnehmern durch gütliches Einreden und teilweise auch durch Drohungen einen neuen Vertrag aufzwingen, der den Einnehmern ein Einkommen von nur 300 bis 470 Mk. pro Monat gewährleistet. Der Hauptzweck der Entlassung besteht darin, den der Gesellschaft unbenquem gewordenen Reichstarifvertrag für die Einnehmer, der diesen ein Monatsgehalt von 675 Mk. zusichert, los zu werden.

Diesen offensichtlichlichen Tarifbruch läßt sich kein Einnehmer gefallen; sie bestehen auf Fortleitung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf. Die Einziehung der Zulassobestände durch die Einnehmer ist mit dem 29. Oktober d. J. eingestellt worden. Ein Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 26. Oktober 1920 hat die Kündigung aufgehoben. Am Donnerstag, dem 4. November 1920, wird der Schlichtungs-ausschuß Leipzig erneut zu diesen Entlassungen Stellung nehmen. Die bei der Viktoria Beschäftigten werden gebeten den Einnehmern weiterhin ihre Sympathie zu beweisen und nur Beiträge zu zahlen an Einnehmer, die sich als Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten ausweisen können.

Die Feste schwimmen . . .

In Berlin, wo die Betriebsrätezentrale in der Münstraße die Betriebsräte sämtlich schon in der Falle zu haben glaubte und wie es schon, auch schon hatte, faßt der Turm zu wackeln an. Bei den Metallarbeitern hat Richard Müller, der Generalsekretär des B. R. D. seine Siegesgewisheit bereits aufgeben müssen, und schon mehren sich die Anzeichen, daß auch andre Berufsgruppen keine Ausnahme verlassen. Wie die Freiheit meldet, hat eine Gruppenversammlung aller Betriebsräte der Eisen-, Möbren-, Bergbau-, Metall-, Glas-, Keramik-, Kurz-, Galanterie- und Spielwarenbranche des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die Betriebsräte der Eisen-, Glas-, Kurz-, Galanterie- u. v. Branchen haben den Bericht vom Betriebsrätekongress mitgetragen. Sie erklären sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Die Verammelten verwerfen jede Aktion, die sich offen oder heimlich gegen die Geschlossenheit der freien Gewerkschaften richtet. Sie halten nach Lage der Verhältnisse die freien Gewerkschaften als gegenwärtig einziges Bollwerk gegen die Reaktion und geloben, eifrig für die Geschlossenheit zu wirken. Sie erwarten allerdings, daß die Gewerkschaften die Politik der Arbeitsgemeinschaften verlassen und wieder zu Kampforganisationen des Klassenbewußten Proletariats werden. Der Berichterstatter über den Kongress, der sich gegen die Kongressbeschlüsse wandte und dabei auch den Genossen Dismann angriff, wurde lebhaft unterbrochen.“

Der Streik der Leipziger Steinarbeiter beendet. Nachdem durch Vermittlung des Gauleiters Verhandlungen eingeleitet worden waren unter der Bedingung, daß sich beide Parteien bei Nicht-einigung dem Schiedspruch des Reichsarbeitsamtes fügen, bewilligten die Unternehmer einen Zuschlag von 35 Pfa. für Steinemagen und 25 Pfa. für Marmorarbeiter pro Arbeitsstunde; auf Affordarbeiten wurde nichts zugelegt. Nachregelungen sollten nicht stattfinden.

Die am Montag abgehaltene Versammlung nahm das Angebot gegen wenige Stimmen an, und es wurde beschlossen, am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Zwei Marmorbetriebe konnten sich jedoch nicht vertragen, die Kollegen einen und fünf Tage aussperrten. Die Streikleitung.

Verarbeiteter Kreis im Oberesah? Die Straßburger Blätter berichten, daß im Kaiserreich im Oberesah ein Bergarbeiterkreis benoricht. Die geheime Urabstimmung habe 80 Prozent für einen Streik ergeben. Die Verbandsleitung will jedoch noch einen letzten Versuch unternehmen, um auf friedlichem Wege zu einer Verständigung zu kommen, doch sind die Aussichten bisher nur geringe.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 28. Oktober 402694 gegen 244721 am 8. Oktober. Außerdem mußten 328068 mit verringerteter Stundenzahl arbeiten.

Von Nah und Fern.

Gesunkener Dampfer.

Providence (Rhode Island), 30. Oktober. (Reuter.) Der aus Zement gebaute Dampfer Capesair ist in der Karraigantlett-Bucht mit dem Dampfer Etna Atlanta zusammengebrochen und gesunken. 20 Mann der Besatzung des Capesair sind ums Leben gekommen.

Verabte Spieler.

Sambura, 30. Oktober. In einem Spielklub erlittenen zwei verammelte Männer, die mit vorabehaltenen Revolvern etwa 30 Spieler ihrer sämtlichen Wertpapiere verabten. Der Wert der Beute wird auf etwa 1 1/2 Millionen Mk. geschätzt.

Milioniendiebstahl in einem Steueramt.

TU. Brünn, 29. Oktober. In dem Steueramt in Frrterku wurde ein Milioniendiebstahl verübt. Es sollen Werte von mehreren Millionen entwendet worden sein.

Feuersbrand in Spandau.

Berlin, 2. November. (T.-L.) In Spandau brach gestern nachmittag gegen 4 Uhr auf dem ausgedehnten Gelände des Südparkens in den dortigen Reparaturanlagen der Berliner Metall-Industrie G. m. b. H. ein Großfeuer aus, dem sämtliche Anlagen der Gesellschaft zum Opfer fielen. Die Spandauer Feuerwehrrmchte sich darauf beschränken, das Nachbargelände vor einem Uebergreifen des Feuers zu sichern. Die Werkstätten der Metall-industrie-Gesellschaft brannten vollständig nieder, mit ihnen wurden große Mengen von Reparaturmaterial in einem Raub der Flammen. Der Schaden dürfte 2 Mill. Mark betragen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen besetzt schnell, sicher u. schmerzlos Kukirol 100000 fach bewährt Preis Mk. 3.— in Apotheken u. Drogerien erhältlich

König Salomo-Apotheke, Grimmalsche Strasse

Ämtliche Bekanntmachungen.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Nach § 16 der Satzung wird hiermit für Donnerstag, den 25. November 1920, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal, Seiner Str. 32, eine **ordentliche Ausschub-Sitzung** abgehalten. Die Tagesordnung wird später bekanntgegeben. Teilnahmeberechtigt sind die im Oktober 1913

gewählten Ausschussmitglieder, denen Teilnehmerlisten noch brieflich zugestellt werden.
Leipzig, am 1. November 1920.
Der Vorstand
der Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.
H. Fris, Vorsitzender.
Manu- und Kleinfische ist ausgebrochen
Zandhäuser Str. 4, St. Privatstraße 42, Schreiber-
anlage Geilhuie-Berannus am Bierfelschen und
Weltengärten, Demmeringstraße 112.
Gemäß §§ 161 und 166 der Bundesratsvor-
schriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehstempel-
gesetz und § 41 der sächsischen Ausführungsverord-
nung vom 7. April 1912 werden die Grundstücke
und die beiden Schreiberanlagen als Sperrbezirke
und der 22., 28. und 30. Polizeibezirk als Beob-
achtungsgebiet bestimmt.

Erfolken ist die Senke Denckstraße 36,
Säuerstraße 5 und Döner Weg 87. Der 4., 20.
und 31. Polizeibezirk bleiben Beobachtungsgebiet.
Leipzig, am 1. November 1920, Gel. A. 1.
Der Rat der Stadt Leipzig.
Reichsflieger Nr. 33, Leipzig
Vorplatz 31.
Zur Vermeidung von Irrtümern machen wir
ausdrücklich bekannt:
Die in unserer Anzeige am Montag dem
1. November erwähnte Bezeichnung Freiheit
bezieht sich lediglich auf den zur Ausstellung
angekündigten Posten Ware, der nicht aus
Reichsbeständen stammt. Für Reichsware
bleibt Bezugspflicht nach wie vor be-
stehen.

Manu- und Kleinfische ist ausgebrochen
in dem Kohlenwerk Leipzig-Dölitz.
Gemäß §§ 161 und 166 der Bundesratsvor-
schriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehstempel-
gesetz und § 41 der sächsischen Ausführungsverord-
nung vom 7. April 1912 wird das Grundstück als
Sperrbezirk bestimmt.
Im Sächsischen Vieh- und Schlachtort ist die
Senke erloschen.
Leipzig, am 30. Oktober 1920.
Gel. A. 1. Der Rat der Stadt Leipzig.

U.S.P.D. Groß-Leipzig
Wähler-Versammlungen

Dienstag, den 2. November 1920, abends 7/8 Uhr
Leipzig-Ost, Drei Mohren, Unger, Frauenversammlung. Referent: Gen. Thümmel, Dresden.
Funktionärinnen treffen sich 1 Stunde früher.
Zwenkau, Goldner Adler, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Jakob.
Leipzig-Eutritzsch, Golschlöbchen. Referent: Genosse Karl Ryssel.
Mittwoch, den 3. November, abends 7/8 Uhr
Leipzig-Stötteritz, Papiermühle, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Jakob, Freiberg.
Leipzig-Connewitz, Cisteller, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Thümmel, Dresden.
Leipzig-Mockau, Ratskeller, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Bertha Thiel.
Alt-Leipzig, Ostbezirk, Pantheon. Referent: Genosse Karl Dornburg.
Donnerstag, den 4. November, abends 7/8 Uhr
Hänichen, Galkhof Kühn. Referent: Genosse August Böhle.
L.-Kleinzschocher, Reichsverweiser. Referent: Genosse Hermann Liebmann.
L.-Möckern, Goldene Krone, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Thümmel, Dresden.
Böhlitz-Ehrenberg, Große Eiche, Frauenversammlung.
Marxstadt, Thüringer Hof. Referent: Genosse Plotke.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die bevorstehende Landtagswahl.
Die Versammlung heute abend im Volkshaus fällt aus.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Hauptvorstand.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen Deutschlands
Bezirksgruppe Kleinzschocher.
Donnerstag, den 4. November 1920, abends 7 Uhr
in Mühlentorstraße 10, Kleinzschocher
Grosse öffentliche Versammlung aller Kriegsbeschädigten
und Hinterbliebenen des Westbezirks.
Tagesordnung: 1. Kriegsbeschädigtenfürsorge im heutigen Wirtschaftskontext.
Referent: Stadtverordneter und Arzt Dr. Popitz, 2. Freie Ausprägung.
Zur Deckung der Unkosten wird ein kleines Eintrittsgeld erhoben.

Grüne Heringe Pfd. 3.10
aus frisch eingetroffenen Wagen
Biederperk, Borasofferte
5. Aufschlag, Fischwarenhandl.
Gundorf Str. 17 Fernr. 33203

Nur 1 Tag!
Morgen Mittwoch, den
3. Novbr., von 8-6 Uhr,
kauft

alte Wollstrümpfe
wollene
Damenrocklumpen
Felle und Häute
im Galkhof Weißer Schwan
Gerberstr. 30, Zimmer 2.

Maniagen-Unterricht
mit ärztlicher Prüfung!
Am 15. 11. beginnt ein
neuer Abend-Kursus.
Anmeldungen täglich!
Institut B. Schubert
Humboldtstraße 5.

Felle
Selen, Kamin, Ziegen, Rachen
Kalt, Hind und Wildware
Schafwolle
kauft laufende Tagespreisen
Inkaufszentrale Weipfer
Zimmerstr. 5, a. Dorotheenpl.

In unserem Verlage
ist erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor.
Materialismus
Ein Beispiel neuer
Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen
Austreiber und Filialen
der Volkszeitung ent-
gegen.
Leipzig Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauscher Straße 19/21

Metallarbeiter

Verband Die Arbeiter
haben allen möglichen unent-
geltlich zur Verfügung und
sollten sich bemühen, die
Krankensicherungen zu erhalten.
Krankensicherungen müssen gegen Einziehung des Verbands-
buches innerhalb drei Tagen erfolgen.
Metallarbeiter.
Die Sitzung der erweiterten Orts-
verwaltung findet diese Woche
nicht statt.
Betriebsräte u. Vertrauensleute
die sich an einem Kursus über Kalkulations-
methoden oder einem solchen in laum. Fächern
beteiligten wollen, können bis zum 8. November
ihre Anmeldung im Verbandsbüro vornehmen.
Former und Gießereiarbeiter
Freitag, den 5. November, abends 7/8 Uhr.
Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensleute
im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung.
Das Agitations-Komitee.
Metallbrüder Freitag, den 5. November,
abends 7/8 Uhr. Bräuder-
Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen K. Friedmann.
2. Berufsangelegenheiten. Arbeitslose Kollegen
unbedingt erscheinen betriebs Angelegenheiten der
Unterstützung. Die Kommission.
Elektromonteur und Helfer
Sonntag, den 8. November, abends 7/8 Uhr.
Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensleute
im Volkshaus. Lehrungsverammlung fällt aus.
Das Agitations-Komitee.

U.S.P.D. Gross-Leipzig
Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, 3. Nov.,
abends 7 Uhr, **Be-**
zirksversammlung. 1. Vortrag über das Heber-
gangsrecht. 2. Vereinsangelegenheiten. Mit-
gliedsbuch ist mitzubringen. Die Bezirks-Vertr.
Rötha u. Umg. abends pünktlich 7 Uhr, **Große**
öffentliche Volksversammlung im Galkhof Stadt
Leipzig. Tagesordnung: Die kommende Landtags-
wahl. Ref.: Genosse Barthol, Volkstammermitglied.
Freie Aussprache. Arbeiter, Arbeiterinnen, erhebt
in Massen in dieser Versammlung. Der Vorstand.

Sil
macht die Wäsche frisch und duftig.
Bestes
Wasch- u. Bleichmittel
Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch ein-
maliges 1/2 stündiges Kochen. Ein Paket kostet
nur Mk. 2.— und reicht für
60-70 Liter Laage.
Ueberall käuflich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von Henkel's Bleich-Soda.
Einen größeren Posten
Pergament-Ersatz, 40 g
75x100 cm. preiswert abzugeben, sowie
weiße Zellulose, 30 g
75x100 cm. Löhstraße 17, I.

Friseure! Haier-Servietten
weib. launfähig, groß
Ziehlike Löhstraße 17, I.

Apollo-Lichtspiele Schönefeld
Ecke Stellner und Taubstrasse
Nur von Dienstag, 2., bis Donnerstag, 4. Nov.:
Dämon der Welt. I. Teil
Ein gewaltiges Filmwerk in 5 Akten.
(2. u. 3. Teil folgen bald darauf.) Dazu
Rolf als Meisterdetektiv.
Lustspiel in 2 Akten. Ferner
Sowas kommt von Sowas.
Ein ganz origineller Einakter.
Renoviert. Vorzügl. Künstlermusik.
Einlaß 6 Uhr. Beginn 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Total-Ausverkauf wegen vollständiger Geschäftsaufgabe
Damen-Blusen und Kostüm-Röcke
eigener Anfertigung
sowie Stoffe und Volles
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen
Eisenbahnstrasse 62, Ecke Thümmelstrasse
im Blusenladen.

Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Interenten der Leipziger Volkszeitung.

Des Rauchers Sorge.
(Ohne Verantwortung der Redaktion.)
Von der Verteuerung des Tabaks soll hier nicht die Rede sein,
abgesehen diese wohl zurzeit jeden Raucher am meisten interessiert.
Dennoch ist die größte Sorge des Rauchers die Gefahr für
seine Gesundheit. Doch dies wollen sie sich nur ungern einsehen.
Es bilde sich niemand ein, daß die Pfeife oder eine leichte
Zigarre weniger Nikotin enthält als Zigaretten oder schwere
Zigaretten. Einwandfreie Versuche haben dargetan, daß selbst so-
genannte nikotinfreie Zigaretten ebenso schädlich sind wie die
übrigen.
Schon mäßiges Rauchen ruft bei manchen Personen unange-
nehme Beschwerden hervor. Vielleicht haben auch Sie schon
Schädigungen Ihrer Gesundheit hin und wieder nach dem Rauchen
bemerkt, wie Schlaflosigkeit, Halsentzündung, Flecken vor den
Augen, saures Aufstoßen, Sodbrennen, Magenverkrümmung, Kop-
fweh, Herzklopfen, Schwindel, Gedächtnisschwäche, Schwin-
delanfälle usw.
Mit diesen Unannehmlichkeiten will die Natur Sie warnen
vor ernstlichen Folgen. Beachten Sie diese Winke Ihres Körpers.
Je nach der Veranlagung kann aus übermäßigem Tabak-
genuss sich ein schweres Leiden entwickeln; bekannt ist die Tabak-
blindheit, die manchmal unheilbar ist. Nervenschmerzen, die selbst
Schmerzmittel infolge vieler Rauchens nicht selten beobachtet
worden. Am häufigsten und regelmäßigsten aber entwickelt sich
eine Nervenverkrümmung daraus.

Nun weiß jeder Raucher, wie schwer es ist, den Tabakgenuss
einzuschränken aus freien Stücken. Natürlich gelingt es mit
Energie und großem Willen. Aber wozu solche unnötige Ver-
gebung von Kräftevermögen, die man heute wahrlich zu besseren
Zwecken verwenden kann, zumal es jetzt ein ganz einfaches und
unschädliches Mittel gibt, das Rauchen nach Willkür einzu-
schränken, oder auch es sich gänzlich abzugewöhnen, ohne dabei
irgendwelche Entbehrungen zu empfinden oder gar Qualen wegen
des unbefriedigten Genusses auszustehen.
Durch Genuss einiger harmloser Pflanzenextrakte kann man
dies erreichen. Daraus wird seit 10 Jahren ein Präparat unter
dem Namen „Raucherheil“ hergestellt.
Wie angenehm ist es, statt mit sich selbst um jede Zigarre oder
Zigarette einen Kampf auszufechten, in dem man noch meist
unterliegt, eine Pastille Raucherheil in den Mund zu nehmen.
Sofort schwindet jedes Verlangen nach Tabak, ja, der jedem
Raucher angenehme nikotische Geschmack und der wünschens-
werteste Bild- und Geschmack, der den Tabak verleiht, ist
Dazu kommt, daß Raucherheil jeden üblen Mundgeruch be-
nimmt und auch den schädlichen Wirkungen des Tabaks beson-
deres entgegenwirkt.
Wenn Sie dann aber eine Raarre oder Raarrette, die Sie
sich annehmen wollen, rauchen, so werden Sie nicht nur keinen
Schaden davon haben, sondern um so größeren Genuss.
Welchen Segen Raucherheil bereits gestiftet hat, können Sie
aus den vielen Anerkennungen entnehmen, von denen Sie hier
nur eine lesen sollen:

Freie Welt
Preis 60 Pf. Leipzig Buchdruckerei A. G., Leipzig, Tauscher Strasse 19/21.

Familien-Nachrichten
Pflüch und unerwartet verschied heute früh 6 Uhr
infolge Gehirnlähmungen mein lieber Mann, unser guter
Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der Maurer
Eduard Kaufmann
im 76. Lebensjahre. Um stillen Beileid bitten
Leipzig, Brüderstr. 39, III., 1. Nov. 1920
Frau verw. Kaufmann geb. Heidol
nebst allen Hinterbliebenen.
Beerdigung: 4. Nov., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus.
Sonntagsmorgens verschied ganz unerwartet unsere liebe
gute Tochter und Schwester
Frieda Büchner
im 30. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz
L. Mockau, Döblichstraße 1
Familie Louise Büchner im Namen aller Hinterbliebenen.
Einäschung Donnerstag, vorm. 11 Uhr, Südfriedhof.
Kranzsenden dankend abgelehnt.

Für die uns bei dem Tode unseres treuen
Bruders und treuen Freundes
W. Behrens
erwiesenen Beileidsbezeugungen sagen wir allen
unsern herzlichsten Dank.
Lina Rohde
W. Härtel.

Ich bin passiver Raucher seit Jahren, und des Ab-
lassens hat mir bereits mancherlei Herzkammliden bereitet.
Mit ger-
gen Bestimmungen produziere ich 10 Paketten. Der Rauch-
hunger, der früher zum enormen Verbrauch anwuchs, ließ sich
nach, der Appetit zum Rauchen war wie durch ein Wunder mit
gewissermaßen ausgeschaltet. Sicher ist, daß ich tatsächlich ganz
nach Belieben fortan zu rauchen oder den Tabak nach Belieben
ohne Erregung in die Tasche zurückzuführen vermag. Ihre Er-
findung ist um so wertvoller, als sie den Tabak- und Zigaretten-
händlern durchaus nicht Konkurrenz machen will, sondern den
Raucher nur von der Verleugtheit heiligt, sich nicht immer
überall beherrschen zu können. — Ich habe nichts dagegen, wenn
Sie beliebig von meinem Gegenwärtigen Gebrauch machen und
zeichnen, Sie bestens grüßend
hochachtungsvoll Franz Södt.
Sie sollen Raucherheil selbst ausprobieren, ohne einen
Pfennig dafür auszugeben. Wenn uns Ihre genaue Adresse mit-
teilen, erhalten Sie ganz umsonst eine ausserordentliche Probe
Raucherheil. Wir sind so sehr überzeugt, daß Raucherheil Ihnen
wollen Nutzen finden wird, daß wir Ihnen die Probe sehr gern
gratis senden. Es wird Ihnen anfallen, und Sie werden dann
gern mehr bestehen, denn Sie sparen dadurch viel Geld und er-
halten sich Ihre Gesundheit.
Je mehr Sie rauchen, desto unangenehmer werden sich die
Tatzen bei Ihnen bemerkbar machen. Versuchen Sie es
sich selbst Ihre Gratianische Raucherheil vor der Haupt-
strasse für Raucherheil, Viktoria-Spothek, Berlin B. 37, Friedrich-
straße 19.

Die sächsische Politik seit Ausbruch der Revolution.

II.

Wie die Demokraten die Dinge auffassen, das zeigt sich ja an den Äußerungen des Landesauschusses der Demokraten gelegentlich der letzten Regierungskrise bei der Ministerpräsidentenwahl. In den Berichten über die Sitzungen des Landesauschusses ist gefolgt:

Als selbstverständliche Voraussetzung für das Verbleiben in der Koalitionsregierung wurde es bezichtigt, daß das Programm der neuen Regierung in keiner Hinsicht im Widerspruch steht mit den Grundanschauungen der Demokratie.

In der Tat können die Demokraten sagen, daß sie in der Regierung durchaus auf ihre Rechnung gekommen sind. Demokratische Führer haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Mehrheitssozialisten in ihrem Anhängewesen gefesselt haben, und der Demokrat Dr. Barthe hat ausdrücklich in einer Versammlung in Leipzig hervorgehoben, es sei der demokratischen Fraktion zu danken, daß die Sozialisierung in Sachsen nicht durchgeföhrt ist. Die Demokraten haben eben in der sächsischen Koalitionsregierung den Ton angegeben.

Mit den Grundanschauungen der Demokraten ist es ganz selbstverständlich unvereinbar, daß sozialistische Politik getrieben wird. Das zeigt ja auch

das Programm des demokratischen Finanzministers

Dr. Reinhold. Als der Herr das Finanzministerium übernahm, erklärte er, er wolle die sächsischen Finanzen durch Erhöhung und Verkauf der Staatsforsten sanieren. Dr. Reinhold verweist dabei auf die hohen Preise die für Holz erzielt wurden. Dieses Programm ist darauf hinaus, die allgemeine Preiserhöhung auf dem Holzmarkt mitzumachen, die Preise durch reichlichen Verkauf des Holzes in die Höhe zu treiben und dadurch die allgemeine Wertenerhöhung noch zu steigern. Aufgabe des Staates wäre es in dieser Situation gewesen, der allgemeinen Preiserhöhung soviel als möglich entgegenzuwirken. Statt das Holz aus den Staatsforsten meistbietend zu verkaufen, hätte der Staat mit seinem Holz unter strenger Kontrolle die Preise herabdrücken müssen. Dafür hat aber ein kapitalistischer Finanzminister kein Verständnis; er handelt nach dem Grundsatz: wo alles steigt, da steigen wir mit. Noch kürzlich ist von einem Ministerpräsidenten erklärt worden: die Staatsfinanzen können die großen Einnahmen aus den hohen Holzpreisen nicht entbehren.

Man verleihe: der Ministerpräsident hat bekanntlich seine Ansicht zur sozialistischen Regelung der Produktion und zur sozialistischen Verteilung der Gesamtproduktions. Der demokratische Finanzminister nimmt die Gelassenheit wahr, wie jeder andere Finanzminister, die Preise auf dem Holzmarkt auszunutzen und damit die Preise zu steigern. Das ist die rechtssozialistische demokratische Realpolitik bis auf den heutigen Tag. Als im Juni dieses Jahres diese Finanzminister bei der Ministerberatung befragt wurden, da wandte sich der rechtssozialistische Finanzminister, nicht ohne Grund, gegen das Programm des Finanzministers, er wolle nicht nur, daß kein Holzbau an den Forsten getrieben werde, also nicht nur die Holzpreise, sondern auch die rechtssozialistische Produktion hatte nichts gegen die demokratische sozialistische Holzwirtschaft einzuwenden.

Wie die sächsischen Rechtssozialisten die sozialistische Wirtschaftspolitik des Reiches verurteilt und in Sachsen selbst mitgemacht haben, so haben sie auch die

Steuerpolitik.

der Reichsregierung in der sächsischen Volkstammer verteidigt. Der rechtssozialistische Einkommenminister Nijtsche sagte am 22. Juni 1920 über die Reichsteuern u. a.:

Aber auch die radikale Linke hat wohl die Bedeutung der Reichsteuern heute noch nicht recht erfasst, wie man im allgemeinen wohlwollend überhaup von der Härte und dem fühlbaren Eingreifen der Reichsteuern noch keinen rechten Begriff hat. Auf der radikalen Seite hörte man, besonders in der Arbeiterbewegung, große Entrüstung in Wort und Schrift über die Profite, die in der Industrie heute noch gemacht würden, während Tausende von Arbeitlosen nicht wüßten, wo sie die notwendigen Lebensmittel herbeschaffen sollten. Das ist an sich richtig; wie es aber in Zukunft in der Industrie aussehen wird, ist eine andere Frage; denn die großen Gewinne der Industrie sind zum großen Teil auch Reinerträge gewesen. Was man aber dagegen tun soll, haben die Herren von der radikalen Linke uns auch nicht gesagt, sondern in der üblichen Weise, in kapitalistischer Schamlosigkeit vorgetragen. Die verfehlte Regierung hat aber doch dem Reich die Frage erwiesen und auch Maßnahmen getroffen, um mit dieser Industrieerlösen gründlich anzukommen, soweit sie unerschöpflich sind; und die Mittel dazu sind die Reichsteuern, die Reichsbeiträge und vor allem die Besteuerung verschiedener Art. Auf diese Weise geht, wenigstens in gewissem Sinne, eine Sozialisierung vor sich (nach links), besonders insofern, als die hohen Einkommen weitesteuert werden und so ein gewisser Ausgleich stattfindet.

In Wirklichkeit ist durch die Steuererhebung des Reiches der größte Teil der Staatslasten auf die minderbemittelte Bevölkerung abgewälzt worden. Der größte Teil des Staatsbedarfs wird durch indirekte Steuern aufgebracht. Indirekte Steuern sind das Verbrauchssteuern und in ihren Wirkungen das Verbrauchsteuern, was es für die ärmeren Bevölkerung überhaup gibt. Der Vorwärts hat die Steuerpolitik des Reiches einmal als sozialistisch bezeichnet. Wie diese angeblich sozialistische Steuerpolitik in Wirklichkeit wirkt, sei an folgendem Beispiel gezeigt: Wer 10 000 Mk. Einkommen bezieht, muß 1000 Mk. direkte Steuern abgeben, wer 100 000 Mk. Einkommen hat, muß 33 000 Mk. Steuern abgeben, und wer 1 Million Mk. Einkommen hat, muß 552 000 Mk. Steuern abgeben. Sofort lassen die kapitalistischen Wortführer und auch die Mehrheitssozialisten: da sieht ihr doch, wie gerecht das wirkt, die Minderbemittelten brauchen nur 1000 Mk. abzugeben, und die die eine Million Mk. Einkommen haben, müssen 552 000 Mk. abgeben. Aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, was zum Leben übrig bleibt. Da bleiben für Minderbemittelte nur 9900 Mk. übrig, und davon geht ab die Minderbemittelte der indirekten Steuern. Dem Reich bleiben bei 100 000 Mk. Einkommen noch 67 000 Mk., und für den, der eine Million hat, bleiben noch 450 000 Mk. übrig. Das ist die Gegenrechnung, die aufzumachen ist. Ist das eine Sozialisierung, wenn der eine 9000 Mk. zum Leben hat und der andre 450 000 Mk.? Verträgt das überhaupt nur einen solchen Vergleich?

Unmittelbar nach der Reichstagswahl hat der Rechtssozialist Barous in der Stote über die Steuerpolitik des Reiches geschrieben:

„Es ist das elendeste aller Steuer Systeme, wie das preußische Dreiklassenwahlrecht das elendeste aller Wahlrechte war.“

So urteilte der Rechtssozialist Barous, aber der sächsische Rechtssozialist Nijtsche konnte zur gleichen Zeit dieselbe Steuerpolitik im Namen seiner Fraktion über den grünen Alee loben. Alee loben.

Da Sachsen in seiner Steuergesetzgebung von der Erhebung direkter Einkommensteuern behindert ist, bleibt ihm vorwiegend nur das Gebiet der indirekten Steuern. Das Regierungsprogramm enthält an indirekten Steuern die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, die beide indirekte Steuern sind; sie können beide sehr leicht auf die Minderbemittelten abgewälzt werden und verteuern daher die Lebenshaltung des Volkes noch mehr.

Mit der Forderung, die Produktion nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln, war selbstverständlich ausgesprochen, daß diese Regelung nicht nur auf die industrielle Produktion bezogen solle, sondern auch auf die Lebensmittelproduktion. Auch darin ist nichts geschehen, trotz der Versprechungen hat die sächsische Regierung nicht einmal Anregungen an die Reichsregierung gegeben. Nur gegen die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung und gegen die Freigabe des Getreidehandels hat die sächsische Regierung — im Herbst dieses Jahres — Einspruch erhoben. In der Verbrauchssteuern hat die Regierung die Hände völlig schloffen lassen. Die Folgen davon sind die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln, die Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes, die schrankenlose Ausbeutung, die wir erleben, und das Wuchererum, das Schieberum usw., die Tatsache, daß auf der einen Seite die Reinerträge der Unternehmer, der Händler, der Wucherer wachsen, daß auf der anderen Seite die Not und das Elend immer höher steigen.

Ueber die elende Lebensmittelversorgung ist in den letzten Tagen und Wochen so viel gesprochen und geschrieben worden, daß es nicht notwendig ist, in diesem Zusammenhang noch weiter darauf einzugehen. Darauf aber sei hingewiesen, daß auch die Rechtssozialisten jetzt scharfe Kritik an dem Skandal der hohen Kartoffelpreise üben. Dabei lassen doch die Rechtssozialisten in der Regierung, als im Frühjahr d. J. den Agrarern 31,75 Mk. Erzeugerpreis für die Kartoffeln zugesagt wurden. Heute sagen die Rechtssozialisten, die Agrarier hätten diese hohen Kartoffelpreise unter Androhung des Verbotsstreiks erpreßt. Es wäre Pflicht der rechtssozialistischen Regierungsmänner gewesen, die Agrarier zum Anbau der notwendigen Getreide zu zwingen, aber das haben sie nicht getan, daher sind sie Mitschuldige an dem jetzigen Zustand der Kartoffelversorgung und an dem Jammer in der Lebensmittelversorgung überhaupt.

Die unabhängige Volkskammerfraktion hat bei der Beratung der Vorlage über die Kosten für die Ueberwachungsanstalten beantragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem es ermöglicht sein sollte, die Nahrungsmittel besser und auch an den Produktionsstätten zu erfassen. Es ist aber der Kammer keine solche Gesetzesvorlage zugegangen.

Die sozialen und kulturellen Aufgaben

Auch in Sachsen völlig vernachlässigt worden. Eine der dringendsten Aufgaben hätte eine durchgeführte

Wohnungsfrage

sein müssen. In seiner Rede am 20. März 1919 hat Dr. Grabnauer auch über die Wohnungsfrage gesprochen; er hat dabei erklärt, daß auch diese durchgeföhrt werden sollte. Das Reich hat in bezug auf die Wohnungsfrage so gut wie nichts getan. Aber auch in Sachsen hat man sich nur unter dem Zwange der Verhältnisse dazu entschließen können, daß nunmehr Wohnungen in eigener Regie des Staates gebaut werden sollen. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Die Wohnungsfrage ist so schwer und wird in ihren sozialen Folgen so verhängnisvoll, daß hier das Land eine hohe Aufgabe zu erfüllen hat, einmal, indem es auf das Reich einwirkt, daß nämlich die Wohnungen gebaut werden von der Arbeiterbewegung; dann aber auch, indem es selbst die Aufgaben vornimmt und die Möglichkeiten zum Wohnungsbau, die durch die sinkende Lage des Landes gegeben sind, selber erschöpft. Wir haben in Sachsen fast alle nötigen Bedingungen für den Bau von Wohnungen; wir haben Arealen (die die Regierung kauft oder aber bei denen sie ruhe ruhe, daß sie abgebrochen werden), wir haben Lehm, Eisen, Kohle, Holz, Steine, Grund und Boden, wir haben alle Grundstoffe zum Bauen, wir haben viele Arbeitslose, die auf Arbeit warten, wir haben aber niemanden, der das Material diese Grundstoffe dazu angewendet werden, um Arbeiterwohnungen zu bauen. Wir haben eine riesige Wohnungsnot, Lehrer in kleinen Städten, die Zufuhrenforschung der Arbeiter in kleinen Wohnungen, und auf der anderen Seite haben wir die Tatsache, daß Wohnungen nicht gebaut werden, obwohl es „dafür wäre, wenn die Regierung ernstlich wollte.“

Wenn die Regierung ernstlich wollte, würde sehr bald eine wesentliche Erleichterung durch den Bau von Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt eintreten können. Aber dem steht der Grund der sozialistischen Finanzminister entgegen, er will die Staatskassen, die wir haben, weitgehend auf dem Markt verheulen, er will sie nicht anwenden im allgemeinen Interesse, um die Preise herabzudrücken, sondern um die Preise hochzuschrauben. Das Holz aus dem Staatswald könnte man sehr gut zum Bau von Wohnungen verwenden. Statt aber selbst den Wohnungsbau zu betreiben, fördert die Regierung die kapitalistischen Unternehmer, die natürlich nur bauen, wenn sie dabei riesenprofite einfahren können.

Wie es mit der

Durchführung kultureller Aufgaben

stellt ist, zeigt sich im Schulwesen. Bei der Beratung des Ueberwachungsgesetzes stellte der Ausschuss zunächst Richtlinien auf, die in der Hauptsache von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen wurden und verlannten: Schulfreiheit, Ueberführung der nachlassbedingten Volksschule in die allgemeine Volksschule in spätestens 4 Jahren; Aufhebung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan; Abbau der Klassen; Fortbildung der Lehrkräfte; Aufhebung der Schulaufsicht; Schließung der Schulen durch die Lehrer und Wahl eines Schulleiters auf Zeit; Schulgemeinschaft; Bezirkskommissionen, die gemeinsam mit dem Bezirkskommissionar die Schulfragen des Bezirkes beraten; Uebernahme der öffentlichen Oberlehrer; größerer Einfluß der Eltern und Lehrer im Schulrat. Ferner wurde eine Reform des Seminarswesens gefordert.

Am 5. Juni 1919 wurden die Richtlinien im Plenum mit 42 sozialdemokratischen gegen 31 bürgerliche Stimmen angenommen.

Die Vorlage, die die Regierung am 23. Juni einbrachte, wich wesentlich von den Richtlinien ab. Sie war stark beeinflusst durch das elende Schulkompromiß, das unter dem Druck des Zentrums mit Hilfe der Demokraten und Rechtssozialisten in Weimar zustande gekommen war und seinen Niederschlag in dem Ueberwachungsentscheid für das Reich gefunden hatte. Besonders in den Fragen des Religionsunterrichts, der Privatschulen und der Wahl des Schulleiters wich die Vorlage von den von der Kammer beschlossenen Richtlinien ab.

Die Kammer hatte beschlossen: „Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt, vielmehr findet in den letzten beiden Schuljahren eine stützliche Unterweisung in wöchentlich 2 Stunden statt.“

In dem Regierungsentwurf aber hieß es: „Religionsunterricht wird bis zur Regelung in der Reichsverfassung nach den im Verordnungsweg getroffenen Bestimmungen erteilt.“

Schließlich gelang es den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die Vorlage entsprechend den früher beschlossenen Richtlinien umzugestalten. Am 11. Juli 1919 wurde das Ueberwachungsgesetz für das Volksschulwesen von der sozialdemokratischen Kammermehrheit angenommen, am 22. Juli 1919 wurde es durch seine Veröffentlichung rechtswirksam. Durch den zähen Kampf der Sozialdemokraten hat Sachsen die weltliche Schule bekommen. Der Religionsunterricht hat aufgehört, Lehrgegenstand zu sein. Nur mit Rücksicht darauf, daß eine Veränderung des Lehrplans mitten im Schuljahr nicht möglich ist, wurde in § 18 des Gesetzes noch folgender Passus angenommen:

„Bis zum 1. April 1920 wird Religionsunterricht nach den im Verordnungsweg getroffenen Bestimmungen erteilt. Jeder Lehrer ist berechtigt, die Erteilung von Religionsunterricht abzuschließen. Ueber die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht entscheiden die Erziehungsberechtigten.“

Eine kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in der Volksschule findet nicht mehr statt.“

Die Mollage der Kapitalisten.

Die rheinischen Stahlwerke A. G. in Duisburg-Neiderich haben für das eben abgelaufene Geschäftsjahr 1919/20, in dem fast das gesamte Wirtschaftsleben in Deutschland aufs schwerste daniederlag, in dem die Arbeitslosigkeit einen geradezu katastrophalen Charakter annahm, den seit 25 Jahren höchsten Gewinn gemacht. Der Betriebsgewinn hat sich gegen das Vorjahr mehr als verdreifacht, er ist von 8,2 Millionen auf 24 Millionen Mark gestiegen. Das Aktienkapital beträgt 65 Millionen Mark. Im vorigen Jahre wurde eine Dividende von 6 Prozent ausgeschüttet, die sich für das letztverlossene Geschäftsjahr auf 20 Prozent erhöhte. 12 Millionen wurden abgeschrieben und 23 Millionen für spätere Verwendung zurückgestellt. Im vorigen Jahre mußten von dem zur Ausschüttung der 6 Prozent Dividende erforderlichen Beträge von reichlich 3 1/2 Millionen in 20 Prozent aus dem Rücklagen herangezogen werden, in diesem Jahre wurden 13 Millionen Mark verteilt, 25 Millionen zurückgelegt. Dem Ausschuss ist statt 22 000 Mark im Vorjahre 600 000 Mark ausgeschüttet.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoeh A. G. in Dortmund erzielte nach der vorgelegten Bilanz in dem eben abgeschlossenen Berichtsjahre einen Betriebserfolg von 51 1/2 gegen 8 Millionen Mark im Vorjahre. Der demnächst stattfindenden Generalversammlung werden 24 Prozent Dividende für das voll eingezahlte Aktienkapital vorgeschlagen. — Die Maschinenbau A. G. Götzen, Grunau, schlägt eine Dividende von 20 Prozent und eine Sonderdividende von 10 Prozent vor. Zusammen also 30 Prozent. — Die Donaubrüder Kupfer- und Drahtwerke verzeichnen für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Steigerung des Betriebserfolgs von 900 000 Mark, im Vorjahre auf 2 1/2 Millionen Mark. Als Dividende wurden vorgeschlagen 15 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre. — Die Generalversammlung der Waggonfabrik Görlitz A. G. genehmigte die Vorläufe der Verwaltung. Demgemäß sollen eine Dividende von 17 Prozent sowie ein Bonus von 7 Prozent für das Geschäftsjahr 1919/20 zur Verteilung. — Der Aufsichtsrat der Reichsbank des „Kriegsministeriums“ für Stahl- und Eisenwerke beschloß für das abgelaufene Geschäftsjahr der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent und eines Bonus von 100 Mark für die Aktie vorzuschlagen.

Ferner liegen folgende Dividenden vor: Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz 30 Prozent (i. B. 6 Proz.), Wagonfabrik in Hamburg 30 Prozent (i. B. 10 Proz.), — Neu-Walmer Werke A. G. 30 Prozent (6 Proz.), — Bergbau und Hütten A. G. Friedrichshagen 25 Prozent (25 Proz.), — Schleifische Zellulose- und Papierfabriken A. G. 25 Prozent (15 Proz.), — Papierfabrik Reicholz A. G. 18 Prozent (11 Proz.), — Stahlwerke Chemnitz A. G. 18 Prozent (6 Proz.).

Während die Arbeiter zu Hunderttausenden arbeitslos, hungrig und stierend auf der Straße liegen, sollen die Aktionäre millionen über Millionen ein. Es wird wahrlich die allerhöchste Zeit, daß mit der Sozialisierung begonnen und damit diesem wuchernden kapitalistischen Wirtschaftssystem ein Ende gemacht wird.

Die deutschen Nationalen Landvolkskandidaten im Wahlkreis Leipzig. Die Deutschen Nationalen Volkskandidaten hat nach dem Leipziger Tageblatt für den Wahlkreis Leipzig folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Geheimer Kirchenrat und Universitätsprofessor Dr. Wendorf; 2. Landwirt Friedrich Hirsch; 3. Stadtrat Sander, Leipzig; 4. Kreisfahrdirektor Kammelsberg, Wurzen; 5. Stadtrat und Oberbürgermeister Bärner, Leipzig; 6. Barenthaler, Steinberg; 7. Krl. Kade, Leipzig; 8. Oberförster Heilmann, Drosdorf; 9. Buchhändler Dr. Köhler, Leipzig; 10. Landverwalter Dr. Strumpf (?), Leipzig; 11. Landrichter Dr. Herzog, Leipzig; 12. Schuhmachermeister Reichel, Döbeln; 13. Stadtschulmann Wagner, Leipzig; 14. Gutbesitzer Fiedler, Meßen; 15. Studierat Dr. Brandtlich, Leipzig; 16. Regierungsrat Dr. Gmel, Waldheim; 17. Krl. Marsch, Leipzig; 18. Fabrikdirektor Müller, Commlich; 19. von Wolfersdorf, Leipzig; 20. Reichstagsabgeordneter Dr. Philipp, Borna.

Die Wahlzeitung soll ein Flugblatt an die Nichtleser der Volkszeitung sein! Verbreitet sie nach Kräften. Gebt sie weiter!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. November.

Parlamentsangelegenheiten.

Convent. Genossenschaft Der nächste Diskussionsabend findet gegen die Verfassung der Genossenschaft...

Nord-Bezirk. Morgen Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr, Funktionärsversammlung im Radau-Ausschank...

Dehlig-Gaucha. Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr, Funktionärsversammlung (Mittlung Crispian-Ledebour) im Restaurant zur Post in Dehlig...

Sachsenfeld. Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr, im Restaurant zur Burg, Ecke Schmidt-Rühl- und Breslauer Straße...

Ortsverein Raunsdorf u. S. P. Mittwoch, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, Frauenbildungsabend im Rest. Albertsburg.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalendorf. Mittwoch, den 3. Nov., abends 8 Uhr, im Lindengarten Frauenbildungsabend.

Nachung, Betriebsräte, Arbeiter, und Angestelltenräte, Betriebsobmänner der Gruppe 3, sowie Gewerkschaftsfunktionäre usw.

Morgen, nachmittags 2 Uhr, beginnt im Lehrsaal des Arbeiterbildungsinstituts, Braustraße 17, ein Kursus über Nationalökonomie...

Gruppenrat 9 (Lebens- und Genussmittelindustrie). Mittwoch, den 3. November, abends pünktlich 7 Uhr, Gruppenratsung im Kartell, Zimmer 104.

Du mußt es dreifach zahlen!

Das Futtermittel wird es wohl bald nicht mehr oder nur zu sehr teuren Preisen geben. Der Hafer unterliegt wieder der öffentlichen Bewirtschaftung...

Die Leipziger Handelskammer gegen die Sozialisierung des Bergbaues.

In der am 1. November abgehaltenen Gesamtsitzung der Handelskammer stand u. a. die Umgestaltung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen auf der Tagesordnung...

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Sozialisierung des Bergbaues.

Der Referent, Direktor Volke, führte in seinen längeren Ausführungen alles an, was geeignet erschien, gegen die Sozialisierung zu sprechen. Bei der Frage der Sozialisierung kommt vor allem in Betracht, ob dadurch die Produktion gesteigert wird und die Produkte verbilligt werden können...

Die Diskussion bewegte sich ganz im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Schmidt, bezeichnete die Sozialisierung geradezu als ein Unglück für das deutsche Volk.

Die Herren von der Handelskammer vertreten lediglich die

Profitinteressen des Privatkapitals, wenn sie sich gegen die Sozialisierung der Kohlengruben wenden. Und sie haben sich ihre Begründung sehr leicht gemacht. Gewiß ist die Sozialisierung ein Unglück - aber, nur ein Unglück für den Geldsack der Besitzenden...

Bäckermeister als Sturmtrupp.

Vom Zentralverband der Bäcker wird uns geschrieben: Schon einmal hatten sich die Bäckermeister mit Anklagen beauftragt und ihre eigenen Kollegen in einer Versammlung deshalb verprügelt, weil sie den Gesellen den Tariflohn zahlten...

Während der stürmischen Versammlung wurde nun vom Innungshaus in der Kohlgartenstraße telefonisch gemeldet, daß das Innungshaus von den Gesellen besetzt gehalten sei. Der Obermeister teilte dieses sofort der Versammlung mit...

Aus den Ratsbeschlüssen.

Erhöhung der Wertzuwachssteuer. Den Beschlüssen der Stadtverordneten zu den Vorlagen über Erhöhung der städtischen Wertzuwachssteuer und über Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Strom wurde beigegeben.

Umsatzsteuer des Zoos. Einverständnis wurde damit erklärt, daß der mit 75 000 Mk. in den Haushaltsplan eingetragte Beitrag zur Deckung des Umsatzsteuers des Zoologischen Gartens auf 275 000 Mark erhöht wird.

Erhöhung von Verpflegung. Nachbewilligt wurden 232 260 Mark zu Lasten von Konto Leipziger Heilstätte bei Adorf. Wenn der erheblich gestiegenen Aufwendungen der Anstalt wurde beschloffen, die Verpflegung zu erhöhen...

Neuer Spielplatz in Kleinschöcher. Den Platz zwischen Rittergutsplatz, Schöcherweg und Graben in Kleinschöcher beschloß man als öffentlichen Spielplatz für Schulen, Vereine und für die Jugend freizugeben.

Wöchentliche Arbeitszeit für die Straßentechnika. Einverständnis wurde damit erklärt, daß bei der Mittelung für Straßentechnika vom 1. November ab wieder wöchentlich 43 Stunden gearbeitet werden.

Elternabende. 3. Volksschule. Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, im Schulsaal: Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung (Schulleiter Blühdorf). - 10. Volksschule. Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr, im Schulsaal: Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung...

Ein halbes Schauturnen veranstaltete am Sonntagvormittag in der Albertstraße der Arbeiterturn- und Sportbund (4. Kreis, 1. Bezirk). Die weite Halle war bis auf den letzten Platz gefüllt, und pünktlich um 11 1/2 Uhr marschierten Schmude Turner und Turnerinnen in die Arena...

Die Ausführungen waren überaus reichhaltig und riefen großen Beifall hervor. Den Reigen eröffneten die „alten Herren“ mit Handübungen, ihnen folgten Stabübungen von Anaben. Hieraus folgten Turnerinnen am Barren, daß ein Gewandtheit das schwächeren Geschlecht dem Stärkeren durchaus nicht nachsteht...

Belehrung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren. Nach der noch nicht aufgehobenen Reichsanalysen-Bekanntmachung vom 31. Januar 1918 ist die gewerbsmäßige Herstellung von Konserven aus Fleisch oder unter Zuhilfenahme von Fleisch, die durch Erhitzen haltbar gemacht sind, verboten...

Ein hartes Stück. Am 7. Oktober teilten wir mit, daß die Firma Hille u. Müller, Vorchdorf, Kartoffeln nach Düsseldorf gelandt hätte, und daß als Ladung u. a. 27 Risten mit Eisenstücken angebunden worden wären. Die Firma läßt uns durch ein Rechtsanwalts eine sogenannte Verlichtung zugehen...

Angaben „vollständig unwahr“ sein. Was sich heute gewisse Kreise herausnehmen, ist wirklich unerhört.

Die Teuerungszuschläge sind unverständlich. Kriegsbeihilfen und Teuerungszuschläge unterliegen nach einer Mitteilung vom Mai 1918 nicht der Pfändung. Nach einer Mitteilung des Reichsministers der Justiz ist einstweilen der Standpunkt zu vertreten, daß dies auch auf die Teuerungszuschläge des neuen Besatzungsgebietes anzuwenden ist...

RKA, Deutsche Kinder in Dänemark. Von der Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin sind in diesem Jahre 4399 deutsche Kinder zu längerem Aufenthalt nach Dänemark beordert worden; davon sind 1844 namentlich eingeladen und 2495 von den Wohlfahrts- und Kommunalverbänden angerechnet...

In den 16 öffentlichen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 18. bis 24. Oktober d. J. die Speiseabgabe auf 28 110 Maß, wovon gegenüber 27 000 in der Woche zuvor.

Wegen anhaltender Verteuerung aller Lebensmittel und der Betriebskosten muß vom 1. November an der Preis von 70 Pfg. auf 1 Mark erhöht werden.

Mittertische des Vereins für Mutterkultur zu Leipzig. Der 8. Mittertisch des Vereins für Mutterkultur beginnt am Donnerstag, den 4. November, von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Uhrstraße 7. Karten zu 5 Mk. für je drei Porträts erhältlich bei Frau Wendeljohn-Barthold, Vestingstraße 12, III., wochentags von 9 bis 4 Uhr...

Fleisch- und Wurstverkauf. Milch-Gehälts, von 9 Uhr an Fleisch und Geflügel. Wurst-Gehälts, Milch und Wurst. Milcher-Convent, Fleisch und Geflügel. Hoffmann, Wächterstraße, Fleisch und Geflügel.

Lebensmittelkatalog für Mittwoch, den 3. November.

Für Haushaltungen. Anmeldung, Kartoffeln für Kriegesbeschädigte: Buchstaben L-Z im Drisamt für Kriegsväter, Nonnenmühlengasse 8. Ausgabe, Zuckerkarten für Gastwirtschaften: Letzter Tag der Entnahme Zuckerkarten 18. Zuckerkarten für Bäckereien: Letzter Tag der Entnahme Kartografenstraße 8, Zwischengeschoss.

Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Leipzig.

St.-Bezirk Bezirksversammlung in der Raunsdorfer Schule gemeinsam mit dem Südost-Bezirk (Ortsgruppen Stöcker, Thonberg, Holzhausen) am Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr. - Nord-Bezirk Bezirksversammlung in Wölkern, Jugendheim, Medienburgstraße, Carolafeld, am Donnerstag, den 4. November, abends 7 Uhr: Stellungnahme zur Reichskonferenz, Internationale und Parteifrage.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Städtische Spielvereinsleitung (Mitglied des Arbeiterturn- und Sportbundes). Spielfestivals am Sonntag, den 3. Oktober 1920: Scharfberg 1-10, Gutheiß 1-2, 1. Spielvereinigung Tanna 1-Kranke 1-4, Spielvereinigung 1-10, Offenau 1-Convent 1-1, Burgfrieden 1-Wagen 1-1, Offenau 1-Güterberg 1-2, Offenau 1-Güterberg 1-1, Offenau 1-Güterberg 1-1, Offenau 1-Güterberg 1-1, Offenau 1-Güterberg 1-1...

Polizeinrichten.

Bekämpfung von Einbrechern. Vor einer Reihe von Tagen war bei einem Wohlhabenden Fuhrwerkfabrik ein Einbruch und ihm 10000 Mk. in bar und Kleider im Werte von etwa 3000 Mk. entwendet worden. Der auf einen früheren Angestellten als Haupttäter gefallene Verdacht bestätigte sich bald. Der Verdächtige und ein Zweiter wurden festgenommen. Ein Dritter wurde von zwei Kriminalsekretären in seiner Wohnung aufgegriffen, ergriff aber bei ihrem Erscheinen die Treppe hinunter sofort die Flucht...

Sächsische Gewerkschaftskonferenz.

M. Dresden, 31. Oktober.

Im Dresdner Volkshause begannen am Sonntagabend die Verhandlungen der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses, Hänfel, bemerkte in seiner Begrüßungsansprache, daß man sich zu einer 3. Sitzung zusammenfinde...

Ministerialrat Haack übermittelte die Güte des Arbeitsministers Heßdt, der zu seinem Bedauern an den Verhandlungen nicht teilnehmen könne...

Dann erstattete Hänfel den Geschäftsbericht.

Geschäftsbericht.

Die letzte Gewerkschaftskonferenz hat im Mai 1917 stattgefunden, so daß mehr als drei Jahre zurückliegen. Gegen den Gewerkschaftsausschuss seien schwere Vorwürfe erhoben worden...

Am Schlusse beschäftigte sich der Geschäftsbericht mit den Ernährungschwierigkeiten. Wir befinden uns in einer Zeit, die außerordentlich kritisch ausfällt...

In der Debatte vertrat Franz (Chemnitz) den Standpunkt, daß es sich empfohlen hätte, in der Zeit der Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung öfter zusammenzukommen...

Wähmann (Freiberg) ist vom Ausschussbericht auch nicht befriedigt; es hätte viel mehr geschehen können, besonders in den Fragen der Arbeitslosen und der Betriebsräte...

Käber (Wauken) behauptete, daß die Arbeiterschaft in den ländlichen Bezirken in der Kartoffelfrage aus Selbsterhaltungszwecken...

Wittich (Werdau) war mit dem Transport mehrerer Kinder nicht einverstanden. Man sollte dem Familienvater ein Recht auf Arbeit geben...

Schilling (Leipzig): Der Vorwurf gegen den Gewerkschaftsausschuss Sachsen, daß er in einer Reihe wichtiger Fragen unterlassen habe, die Führung an sich zu nehmen...

Cheerl (Gera): Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, den Kommunen alle Arbeiten abzunehmen, sie hätten sich mit höheren Fragen und großen Problemen zu beschäftigen...

Sache (Dresden): Bei der Abgabe von Maschinen seien vielfach die Betriebsräte von den Unternehmern benachteiligt worden. Notwendig sei es auch, daß sich die Gewerkschaften mit der Frage der Verbindlichkeitsklärung der Tarifverträge beschäftigen...

Anfrage (Hofen) versteht nicht, daß man unsre Linen ins Ausland läßt und nicht für die Ernährung im Inlande...

Kübe von der Generalkommission war der Auffassung, daß von Schilling in der Diskussion geäußerten Mängeln zum Kampfe gegen den Steuerabsatz, die der Vorstand des ADGB hätte aufstellen müssen...

In dem Schlusssatz sprach Hänfel auf die Vorwürfe gegen den Gewerkschaftsausschuss näher ein, sie zum Teil als unbegründet zurückweisend...

Im Anschluß daran begründete Liebe (Dresden) den Antrag des Gewerkschaftsausschusses auf Anstellung eines Landessekretärs...

der zugleich Vorsitzender des Gewerkschaftsausschusses sein soll. Er forderte, wenn durch Verschärfung der Klassengegensätze die herrschenden Klassen die Demokratie...

Im Anschluß daran begründete Liebe (Dresden) den Antrag des Gewerkschaftsausschusses auf Anstellung eines Landessekretärs, der zugleich Vorsitzender des Gewerkschaftsausschusses sein soll...

Sich des Sekretariats soll in Dresden sein. Die Anstellung erwies sich um so notwendiger, als die Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften in Sachsen ganz außerordentlich gewachsen ist...

Nach ausgiebiger Debatte wurde der Antrag des Gewerkschaftsausschusses mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten die Leipziger Vertreter. Die Ortsausschüsse sollen pro Mitglied und Vierteljahr 1 Pf. erheben...

Die Chemnitzer Antrag fand bei vielen Stimmenhaltungen ebenfalls eine Mehrheit. Erhe in der Tagesordnung fortgesetzt worden, machte Hänfel davon Mitteilung, daß der Hauptbetriebsrat der Eisenbahner ihm soeben mitgeteilt habe...

100 Waggons Kartoffeln nach der Tschechoslowakei auf der Bahn rollen. Die Eisenbahner wollen sie anhalten, weil sie der Versicherung, daß es sich um Ausgleichsgut mit der Tschechoslowakei handelt, keinen Glauben schenken könnten...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Die nächsten Aufgaben der Ortsausschüsse. Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

7. Oktober (aus der Parteitag in Karlsbad statt und die Gegenüber kommen dort in kürzester Weise zum Austrag, ohne jedoch zu einer endgültigen Klärung zu führen...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Die Wahlen der Gauleiter Liebe (Metzschelbenerverband), Zwahe (Textilarbeiter), Werner (Hilfearbeiter) Pflüke (Buchbinder), Kiepl (Brauereiarbeiter) und Zwahe (Angestellte, Afa) wurden bestätigt...

Dazu gehörte ein Referat von Schenker (Chemnitz) über die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die Frage des Arbeitsrechts sei bisher vernachlässigt worden...

Böckel (Wauken) sprach über die sozialen Wahlen. Die Zusammenfassung der sozialen Gewerkschaften der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllt...

Der Referentenentwurf erscheint als ein Akt der einzelnen Aufgaben den Bezirksarbeitsräten zu übertragen und damit den organischen Aufbau fördern...

Gerichtssaal.

Buchbergericht.

Wegen Schleichhandels hatten sich vor dem Buchbergericht zu verantworten der Kaufmann Paul Arno Sp. Lang, a. Z. Waidmann, der Seemann Karl Richard Simon-Gaush, die Sp. d. u. e. Friedrich Louis Albrecht, Arthur Gustav Schumann, Hermann Walter Freund, Handlungsgehilfe Bernhard Heinrich Kauf, Bäckerlehrling Ernst Schneider, Buchhalter Leopold Schn. l. er, Schreiber Franz Koniger, Kaufmann Max Schopp, Kaufmann Alois Feuerbach, sämtlich von hier, und H. l. ermeister Emil Paulus aus Ebneth.

Feuerbach befaßte sich hauptsächlich mit der Beschaffung von Kohlen. Sperling stellte ihm Kohlen in Aussicht, wenn er ihm Geld für Lebensmittel beschaffen könnte. Sie kamen darüber überein, bei Quercy Lebensmittel zu kaufen. Im Dezember waren Sperling und Simon nach Barnstedt gefahren und hatten sich beim Bäckermeister Wadermann vergewissert, daß dort Mehl, Weizen und Getreide im Schleichhandel zu haben sei. Diese Lebensmittel wollte sich Sperling auf Kosten Feuerbachs verschaffen, um sie mit Simon zusammen mit Gewinn weiter zu veräußern.

Die Beschaffung der Kohle sollte nur als Vorwand dienen, um Feuerbach an die Abgabe des Geldes zu bestimmen. Feuerbach habe ernstlich an die Abgabe des Sperling, Kohle zu besorgen und der Grube dafür Lebensmittel zu liefern, geäußert. Statt des Geldes habe er zwei Blankoschecks ausgestellt und seinem Buchhalter Kauf übergeben, der dann mit nach Barnstedt gefahren ist und die von Sperling gekauften Lebensmittel bezahlt hat.

Wegen der Verführung der Schleichhandelsware nach Leipzig hatte sich Sperling mit Albrecht in Verbindung gesetzt, der hier ein Expeditionsgeschäft betrieb. Albrecht sollte einen Möbelwagen stellen und die Waren bei sich einlagern; er ging darauf nicht ein, sondern machte den Vorschlag, die Waren in einem Auto zu holen. Albrecht und Sperling gingen zu dem Leutnant Wagner und ließen sich von diesem ein Militärauto mit Führer und Beifahrer für 1000 M. zur Verfügung stellen.

Am 10. Dezember 1919 fuhren Sperling und Kauf mit dem Auto nach Barnstedt zum Bäckermeister Wadermann. Simon war mit der Eisenbahn vorausgegangen, um alles vorzubereiten. Bei dem Landwirt Hildebrandt sollten ein Rind und zwei Schweine geschlachtet werden, was auch von dem Fleischer Koch ausgeführt wurde. Es wurden in Barnstedt auf das Auto geladen und nach Leipzig geschickt 21 Zentner Weizenmehl, 28 Zentner Weizen, 5 1/2 Zentner Rüböl und 3 1/2 Zentner Weizen. Das Auto wurde mit Weizenmehl bedeckt, um dadurch jeden Verdacht zu vermeiden. Zur Beschaffung dieser Waren hatte Kauf Schenk auf 13940 M. ausgestellt.

Um die Waren möglichst schnell zu verkaufen, bot Albrecht diese Schumann an, und dieser setzte sich mit Freund in Verbindung.

Der Parteitag der deutsch böhmischen Sozialdemokratie.

R. F. Die deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei ist durch den Richtungsstreit in zwei Lager geteilt. Die Rechte (Textilher Richtung) und die Linke (Reichenberger Richtung) bekämpfen sich aufs heftigste. Vom 8. bis zum

